

## Offene Fragen der Geschichte Band 8

### Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,  
Volksaufstand im Juni 1953,  
Deutsches Wirtschaftswunder,  
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,  
Bau der Berliner Mauer,  
Internationale Kubakrise,  
Vietnamkrieg 1965-1975,  
68er Bewegung,  
Ratifizierung der Ostverträge,  
Unbewältigte Vergangenheit ...

### Band 8/031

### Chronik: 1986

#### 1986

**BRD:** Der deutsche Völkerrechtler und Jurist Otto Kimminich (1932-1997) schreibt im Jahre 1986 über die öffentliche Diffamierung der Sudetendeutschen (x024/326-327): >>Die Wahrheit des Mottos "Gerechtigkeit schafft Frieden" kann sich nur entgegenstellen, wer das Völkerrecht überhaupt leugnet oder sich ihm widersetzt. Die Sudetendeutschen haben weder das eine noch das andere jemals getan.

Ihr Bekenntnis zu dem im geltenden Völkerrecht enthaltenen Gewaltverbot ist anlässlich des 35. Jahrestages der Stuttgarter Charta der Heimatvertriebenen rühmend hervorgehoben worden. Es wäre absurd, daraus einen Rechtsverzicht ableiten zu wollen.

Die Hoffnung auf einen dauerhaften Weltfrieden beruht doch gerade darauf, daß das Völkerrecht die friedliche, gewaltlose Lösung von Rechtsproblemen ermöglicht. Wer das bezweifelt, negiert Recht und Frieden in einem Atemzug.

Wenn diejenigen, die Unrecht getan haben, Angst vor jeder Berufung auf das Recht haben, so ist das durchaus verständlich. Ob ihnen die Angst durch den beharrliche Hinweis auf die mit der Friedensfunktion des Rechtes verbundene Bereitschaft zum Ausgleich und zur Verständigung genommen werden kann, muß immer wieder geprüft werden.

Unverständlich aber ist es, wenn das Vertrauen auf die friedensschaffende Kraft der Gerechtigkeit als hinterhältig, rückwärtsgewandt oder gar revanchistisch gebrandmarkt wird. Es gehört viel Seelenstärke dazu, solche Verteufelungen zu ertragen. ...<<

Aufgrund der von den Ausgleichsämtern erteilten Bescheide werden bis Ende 1986 folgende Entschädigungsleistungen an die reichs- und volksdeutschen Vertriebenen gezahlt (x088/23):

<b>Entschädigungsleistungen des Lastenausgleichsfonds bis Ende 1986</b>	<b>DM (Mio.)</b>
Hauptentschädigung	23.055
Hausratentschädigung	5.392
Auf DM umgestellte Sparguthaben	1.114
Entschädigungsleistungen für Vermögensverluste	29.561
Kriegsschadenrente an Erwerbsunfähige	36.523
Ausbildungsbeihilfe an vertriebene Kinder	802
Entschädigungsleistungen für soziale Ausgleichszwecke	37.325
<b>Gesamtsumme der Entschädigungsleistungen</b>	<b>66.886</b>

Für die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen zahlen der Bund und die Länder bis Ende 1986 außerdem 35.500 Millionen DM (x088/25).

Dr. Schäfer (ehemaliger Präsident des Bundesausgleichsamtes) erläutert die rechtliche Definition und wirtschaftliche Beschreibung der "Entschädigung für Vertreibungsschäden wie folgt (x088/22-23): >>Die Entschädigungsleistungen im Lastenausgleich dienen der Abgeltung der Vermögensschäden einschließlich der Hausratschäden. Sie sind rechtlich und wirtschaftlich weder Enteignungsentschädigung im Sinne von Artikel 14 GG noch Verkehrsentschädigung. Andererseits sind sie auch nicht etwa reine Eingliederungsleistungen, gehobene Sozialleistungen oder gar Nutzungsentschädigung.

Sie sind vom Bundesgesetzgeber ohne rechtliche Verbindungen und damit ohne rechtliche Verpflichtung frei gestaltete "angemessene" Entschädigungen von Substanzwerten (Wirtschaftsgütern) und damit echte Vermögensentschädigung. ...

Aufgrund der Vorgeschichte und besonderen Rechtsnatur der Entschädigung im Lastenausgleich, die auch durch die weitere Entwicklung im Bereich der internationalen Verträge nicht durch Bindungen verändert wurde, konnte sie der Bundesgesetzgeber unter den ausdrücklichen Vorbehalt der Präambel zum Lastenausgleich stellen und es bis heute dabei belassen, daß die Gewährung und Annahme der Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens (oder auf Ersatzleistung) bedeutet. ...<<

In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.

Im Jahre 1986 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x073/214,218, x149/108): >>Die Siegermächte vereinbarten ferner (im Verlauf der Potsdamer Konferenz), daß die deutsche Bevölkerung, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben war, nach Deutschland übersiedeln sollte.

Man war sich einig, daß "diese Überführung" auf eine geregelte und menschliche Weise erfolgen sollte.

Die Vertreibung der Deutschen war jedoch bereits während der Potsdamer Konferenz im Gange. Viele waren schon vor "den Russen" geflohen. Manche Flüchtlingstrecks, besonders solche aus Ost- und Westpreußen, waren von sowjetischen Panzern überrollt worden. Die "Umsiedlung" war oft von schrecklichen Ereignissen begleitet. Es gab Morde und Vergewaltigungen und andere Verbrechen. Hunderttausende wurden von den Sowjets in die UdSSR verschleppt. Was Deutsche unter nationalsozialistischer Führung anderen Völkern zugefügt hatten, erlitten bei Kriegsende und nach der Kapitulation viele Deutsche, die im Machtbereich

der vorher unterdrückten Völker lebten.

... Insgesamt sind über 14 Millionen Menschen aus deutschen Provinzen oder deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa geflohen oder vertrieben worden; über 2 Millionen sind dabei umgekommen. ...<<

>>In einer deutsch-polnischen Schulbuchempfehlung über die Vertreibung der Deutschen heißt es: Der größte Teil der in den Oder-Neiße-Gebieten verbliebenen deutschen Bevölkerung wurde in den Jahren 1945 bis 1947 ausgewiesen bzw. im Rahmen des interalliierten Transferabkommens zwangsumgesiedelt. ...

In den von der deutschen Bevölkerung geräumten Gebieten wurde systematisch eine inzwischen dort ansässig gewordene polnische Bevölkerung angesiedelt. ...<<

>>... Am Ende des Krieges und über das Kriegsende hinaus schlugen Gewalt und Verbrechen auf die deutsche Bevölkerung zurück. Im Osten übten die jahrelang gepeinigten und ausgebeuteten Völker Rache an den Deutschen.

Nachdem Millionen von Deutschen unter großen Verlusten durch Evakuierung und vor allem durch Flucht vor der Roten Armee ihre Heimat verloren hatten, begann im Osten - auf Beschluß und mit Billigung der alliierten Regierungen - die Vertreibung der deutschen Bevölkerung.<<

## Anstatt eines Schlußwortes

Bedenke gut, was deine Kraft vermag und was über deine Fähigkeit hinausgeht.  
*Quintus Horaz (65-8 vor Christus, römischer Dichter)*

### **Beantwortung von offenen Fragen der Geschichte:**

#### **1. Wieso wurden die bisherigen deutschen Entschädigungszahlungen für die Holocaust-Überlebenden nicht angemessen anerkannt?**

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen (x169/88-90): >>... Deutschland (trat) zu Beginn der fünfziger Jahre in Verhandlungen mit jüdischen Einrichtungen ein und unterzeichnete Abkommen über Entschädigungszahlungen. Bis heute hat es etwa 60 Milliarden Dollar ausbezahlt, was, wenn überhaupt, nur wenig äußeren Druckes bedurfte. ...

Im Rahmen von drei verschiedenen Abkommen, die 1952 unterzeichnet wurden, war die deutsche Regierung bestrebt, jüdische Opfer zu entschädigen. Ein separates Abkommen mit Israel stellte Subventionen für die Eingliederung mehrerer hunderttausend jüdischer Flüchtlinge bereit. Gleichzeitig verhandelte die deutsche Regierung mit der Conference on Jewish Material Claims Against Germany, einer Dachorganisation aller großen jüdischen Organisationen, über eine finanzielle Regelung.

Man nahm an, die Claims Conference würde die Gelder, zwölf Jahre lang jeweils 10 Millionen Dollar oder etwa eine Milliarde Dollar nach heutigem Wert, für jüdische Opfer der Nazi-verfolgung verwenden, die im Entschädigungsprozeß durch das Raster gefallen waren.

Meine Mutter war ein solcher Fall. Als Überlebende des Warschauer Ghettos, des Konzentrationslagers Majdanek und der Zwangsarbeits-Lager von Czestochowa und Skarszysko-Kamiena bekam sie von der deutschen Regierung nur 3.500 Dollar Entschädigung. Andere jüdische Opfer (und viele, die in Wahrheit keine waren) erhielten von Deutschland jedoch lebenslange Pensionen, die sich schließlich zu mehreren hunderttausend Dollar summierten. Die Gelder, die der Claims Conference übergeben wurden, waren jenen jüdischen Opfern zugedacht, die nur minimale Entschädigungen bekommen hatten.

Die deutsche Regierung war in der Tat bestrebt, in der Vereinbarung mit der Claims Conference ausdrücklich festzuhalten, daß die Gelder ausschließlich an genau bezeichnete jüdische Überlebende gehen sollten, die von deutschen Gerichten unfair oder unangemessen entschädigt worden waren. Die Konferenz zeigte sich empört, daß man ihre guten Absichten in Zweifel zog. ...<<

#### **2. Weshalb scheiterte im Juni 1953 der Volksaufstand der Mitteldeutschen gegen das kommunistische Ulbricht-Regime?**

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Juni-Aufstand" in der SBZ (x009/203-205): >>Im engeren Sinne die Streiks und Demonstrationen am 16.6. und der Massenaufstand am 17.6.1953 in Ost-Berlin und in der SBZ; Reaktion der Bevölkerung der Zone auf die jahrelange Unterdrückung durch das SED-Regime, die katastrophale Lebensmittelversorgung und insbesondere auf die letzte Phase der Sowjetisierung im Zeichen des Sozialismus.

Der am 9.6.1953 vom Politbüro des ZK der SED beschlossene neue Kurs wurde mit Recht als Zeichen der Schwäche der SED-Regierung verstanden.

Anlaß zum Juni-Aufstand gab die "administrative" Erhöhung der Normen. Am 28.5.1953 wurden durch Ministerratsbeschluß die Normen allgemein um mindestens 10 % erhöht. Das kam einer Lohnsenkung um 30 bis 42 % gleich.

Der Widerstand gegen diese Maßnahme kam schon vor dem 9.6. in Protesten und Einzelstreiks zum Ausdruck. Nachdem das Kommuniqué des Ministerrats vom 11.6. bei der Verkündung des "Neuen Kurses" gar nicht auf die Normenfrage eingegangen war, löste ein Artikel in der "Tribüne" (Organ des FDGB) vom 16.6. die Ost-Berliner Demonstrationen aus.

Der Artikel hatte festgestellt: "... Die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfange richtig."

Am gleichen Tag um 7 Uhr beschlossen die Arbeiter vom VEB Bau-Union in der Stalinallee den Streik und marschierten, bald durch andere Arbeiter verstärkt, zu dem in der Leipziger Straße gelegenen "Haus der Ministerien" (ehemaliges Reichsluftfahrtministerium).

Hier entwickelte sich der Streik zur Volkserhebung mit der Forderung nach freien Wahlen, besseren materiellen Lebensbedingungen und Rücktritt der SED-Regierung. Die Streikbewegung dehnte sich inzwischen auch auf die Randgebiete Berlins aus.

Volkspolizei stand bereit, griff aber nicht ein. Die SED-Gegenpropaganda versagte völlig, so durch einander widersprechende Verlautbarungen über die Aufhebung der Normenerhöhung, und sie verstärkte im Gegenteil den Ausbruch der jahrelang unterdrückten Volkswut.

Am 17.6. wurde das Ziel der Demonstration klar: der Volksaufstand wollte des SED-Regime hinwegfegen. Mit dem Marsch von 12.000 Arbeitern des Stahl- und Walzwerks Hennigsdorf griff die Zone in den Aufstand ein. Brennpunkte der nun folgenden Zusammenstöße mit der Volkspolizei waren die Leipziger Straße, der Potsdamer Platz, der Lustgarten, das Brandenburger Tor.

Inzwischen waren sowjetische Truppen in Stärke von mindestens 2 Divisionen mit zahlreichen Panzern und Panzerspähwagen nach Berlin geworfen worden. Vom Brandenburger Tor wurde um 11 Uhr 10 die rote Fahne heruntergeholt. Gegen 12 Uhr fielen die ersten Schüsse. Ab 13 Uhr wurde vom sowjetischen Stadtkommandanten, Generalmajor Dibrowa, für den Sowjet-Sektor der Ausnahmezustand verhängt. Während die sowjetischen Truppen den Sturm auf das "Haus der Ministerien" verhindern konnten, wurden u.a. das Columbus-Haus, das Haus "Vaterland", Aufklärungslokale, Zeitungskioske und Parteibüros in Brand gesteckt oder demoliert.

Die Haltung der Volkspolizei war vielfach zweideutig. Zahlreiche Volkspolizisten gingen zu den Streikenden über. Infolgedessen wurden bald Volkspolizisten nur zusammen mit Rotarmisten eingesetzt. Aber auch Teile der Besatzungsarmee sympathisierten vereinzelt offensichtlich mit den Demonstranten.

Ab 21 Uhr herrschte in Ost-Berlin die durch den Ausnahmezustand erzwungene Ruhe. Die Sektorengrenzen waren völlig abgeschlossen.

Die Nachricht von den Berliner Ereignissen verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Zone, und in fast allen größeren Städten machte sich der Volkszorn in ähnlicher Weise Luft. Wo sowjetische Truppen nicht sofort zur Verfügung standen, erzielten die Demonstranten teilweise beträchtliche Erfolge. Industriewerke, Verwaltungszentren und Gerichtsgebäude befanden sich vielfach völlig in ihrer Hand, Gefängnisse und Zuchthäuser wurden gestürmt, politische Gefangene befreit. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes wurde der Aufstand meist durch sowjetische Truppen niedergeschlagen.

Der Juni-Aufstand hat der Sowjetunion und dem westlichen Ausland den moralischen Zusammenbruch und die Unmöglichkeit, die SBZ zu bolschewisieren, unwiderleglich bewiesen. Er hat ferner die weit verbreitete Auffassung widerlegt, daß Volkserhebungen in totalitären Systemen unmöglich seien.

Ohne das Eingreifen der Besatzungsmacht hätte der Aufstand, obschon er in keiner Weise vorbereitet war und ihm jede zentrale Führung fehlte, wahrscheinlich zum Sturz des SED-Regimes geführt. Während des Aufstandes zeigte sich das Regime entschlußlos, erschrocken und konzessionsbereit. Viele Funktionäre gingen zu den Aufständischen über.

Nach Festigung der Lage jedoch versuchte man die katastrophale moralische Schlappe des Regimes durch die Sprachregelung zu vertuschen, der Aufstand sei von "westlichen Provokateuren und Agenten" inszeniert worden.

Solche Behauptungen werden allein schon durch das Fehlen jeglicher zentralen Führung und durch entscheidende taktische Fehler bei der Durchführung widerlegt. Der Westen hat vielmehr jegliche Unterstützung versagen müssen, weil eine Ausweitung zu einer weltpolitischen Krise vermieden werden sollte. Auch aus der Bundesrepublik wurde nur zur Besonnenheit gemahnt und vor Provokationen insbesondere gegenüber der Besatzungsmacht, gewarnt, obwohl weite Kreise der Bevölkerung die Vorgänge mit leidenschaftlicher Teilnahme und großen Hoffnungen verfolgten.

Die Tatsache und das Ausmaß des Juni-Aufstandes entzogen dem Anspruch der Kommunisten, im Auftrage der Arbeiterschaft in der SBZ den "Aufbau des Sozialismus" zu vollziehen, für immer den Boden. Die Sowjets aber hätten durch Nachgeben gegenüber den maßvollen Zielen des Juni-Aufstandes ein neues Verhältnis gegenüber Deutschland herstellen und eine Politik der Verständigung einleiten können.

Die Verluste des Juni-Aufstandes sind nicht genau zu ermitteln. Der Aufstand selber hat nach verhältnismäßig zuverlässigen Angaben 267 Tote unter den Demonstranten, 116 unter den Funktionären und 18 unter den sowjetischen Truppen gefordert. Verwundet wurden danach 1.067 Demonstranten, 645 Funktionäre und 126 Sowjetarmisten. Die Zahlenangaben über Opfer standrechtlicher Erschießungen schwanken erheblich. Einschließlich der später willkürlich zum Tode Verurteilten dürften sie um 100 liegen.

Genauere Angaben wurden über die Zahl der Opfer der dem Aufstand folgenden Rachejustiz errechnet. Danach wurden 1.100-1.200 tatsächliche oder angebliche Teilnehmer zu insgesamt etwa 6.000 Jahren Zuchthaus, Arbeitslager oder Gefängnis verurteilt.<<

### **3. Warum bezeichnete man den wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland als sogenanntes "Wirtschaftswunder"?**

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtete später über das "deutsche Wirtschaftswunder" in der Bundesrepublik Deutschland (x182/9-16): >>... Gibt es Anlaß, auf die Wirtschaftswunderjahre stolz zu sein? Waren sie wirklich nur ein materialistischer Alptraum, ausgefüllt mit purer Gier nach den trivialsten Dingen des Lebens und völliger Vernachlässigung der höheren Werte? ...

... Heute mutet vieles verrückt an, auch schreit die damalige Naivität zum Himmel. Das ist übrigens ein bemerkenswertes Stichwort für das Verständnis jener Zeit. Kein Zweifel, die Deutschen der Wirtschaftswunderjahre waren in einem gewissen Sinne naiv, ihre Freude an einem neuen Fahrrad, dem ersten Stück Möbel oder einer Neubauwohnung war geradezu kindlich. Auch der unkritische Fortschrittsglaube jener Jahre trug Züge des Naiven.

Kein Tag verging, an dem die Zeitungen nicht von erstaunlichen Leistungen der Wissenschaft und Technik berichteten. Wasserkraftwerke bauen, Stauseen errichten, die Atomkerne für den Küchenherd zähmen, die Sahara bewässern, Eisberge abschmelzen, in Sibirien und Alaska Orangen anbauen, in solchen Spekulationen erging sich der Fortschrittsglaube. Dem Menschen und seiner Wissenschaft war alles zuzutrauen; es war fast damit zu rechnen, daß wir eines Tages aufhören würden zu sterben.

Diese optimistische Haltung wurde nicht etwa von oben befohlen oder gar mit Mitteln der geheimen Verführung zur Ablenkung von Not und sozialer Ungerechtigkeit lanciert, sie entsprach einer verbreiteten Zeitstimmung. Die Menschen wollten positive Berichte über Wohlstand, besseres Leben und die unbegrenzten Möglichkeiten der Zukunft. So wie heute paßten sich die Medien diesen Wünschen an und meldeten den Fortschritt.

Ebensowenig wie wir heute erklären können, warum der Zeitgeist heute offenbar eine wachsende Sehnsucht nach Katastrophenmeldungen, Weltuntergangsvisionen und pessimistischen

Aussichten verspürt, so läßt sich die entgegengesetzte Stimmung, die sich in positiven Meldungen über Produktionsrekorde, Neubauvorhaben, Versorgungsverbesserungen, Erfindungen und Entdeckungen erging, rational schwer erfassen. Der Souverän namens Zeitgeist hat da seine Geheimnisse; er überrascht uns einmal mit wilder Ausgelassenheit, um dann wieder in allgemeiner Traurigkeit zu versinken.

Es wäre überheblich, die damalige Stimmung als eine Art materiellen Wahn abzuwerten, gleichzeitig aber zu behaupten, daß wir heute, aufgeklärt und vernünftig wie wir sind, den realen Zustand der Welt bedauern. Wahrscheinlich liegt die Realität in der Mitte. Der Kulturpessimismus heutiger Tage erscheint als Spiegelbild des unkritischen Optimismus von damals. Wir haben es mit extremen Pendelausschlägen der gleichen Welt zu tun, einmal mit Pluszeichen und einmal mit Minus. Der Wahn, wenn man es schon so benennen will, ist der gleiche.

...

Der unkritische Optimismus, der die fünfziger Jahre beherrschte, erklärt übrigens auch die schwärmerische Bewunderung für die USA, die für jene Zeit typisch war. Jenseits des Teiches war die Zukunft, die in Europa erst in den Zeitungen angekündigt wurde, schon ein Stück Gegenwart. In den Vereinigten Staaten kam alles 10 Jahre früher, eine Zeitdifferenz übrigens, die noch heute zu spüren ist.

Das Auf und Ab des deutsch-amerikanischen Gefühlspegels zeigt übrigens, wie sehr die Zuneigung der Völker von materiellen Werten abhängt. Die Deutschen hatten sich – darin den übrigen Europäern nicht nachstehend – viele Jahre eine überhebliche Geringschätzung des ungebärdigen, kraftvollen, aber als unkultiviert geltenden Amerikaners geleistet. Man lächelte gern über die Amerikaner, und das nicht nur während des Dritten Reiches, sondern auch schon in den zwanziger Jahren und in der Kaiserzeit.

Der "reiche Onkel aus Amerika" war das einzig Positive, das viele Jahrzehnte von West nach Ost über den Atlantik kam. Bemerkenswert ist, daß den Russen ähnliches widerfuhr, mit dem Unterschied, daß die Nix-Kultura-Mentalität in Mitteleuropa noch etwas länger anhielt als das Yankee-Syndrom. Heute beherrschen diese als primitiv eingestuften Völker die Welt. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges brach in Deutschland die Fassade "gebildeter" Überlegenheit gegenüber den USA zusammen.

Der einfache Grund: In Amerika herrschte Wohlstand. Care-Pakete, Kaffee und Amizigaretten schlugen den geistigen Hochmut. Die Zuneigung ging nach Brot. In neuerer Zeit gibt es dafür Parallelen. Die Sympathie, die vielen Bürgern der Bundesrepublik bei Besuchen in osteuropäischen Ländern entgegenschlägt, kommt aus der gleichen Quelle wie die Bewunderung Nordamerikas in den fünfziger Jahren. Damals war es der gute Dollar, heute ist es die Mark.

Zur Naivität jener Zeit gehörte wohl auch, daß beträchtliche soziale Unterschiede geduldig hingenommen wurden. Die Leiden am Wohlstand der anderen war noch nicht zur chronischen Krankheit geworden. ...

Das Wohlstandsgefälle der Wirtschaftswunderzeit war für heutige Begriffe erschreckend. Schlimmer noch, es verbarg sich nicht einmal, sondern zeigte sich überall in – heute würden wir sagen – unverfrorener Weise.

Ich gehörte mit zu den Habenichtsen, kann aber nicht sagen, daß ich sehr darunter gelitten habe, wenn andere schon Autos besaßen, an die Riviera fahren, schöne Kleider tragen und Häuser bauten. Warum wir damals die Unterschiede so geduldig ertrugen, ist ein weites Feld für die Psychologie. Möglicherweise waren da instinktive Überlebensmechanismen am Werk, die uns vor Ansteckung und Vergiftung durch den Neidkomplex bewahrten.

Die Deutschen saßen im Wattenmeer auf dem Trockenen und erwarteten mit Gewißheit die Wohlstandsflut. Zum einen würde sie eher kommen, zum anderen später, aber ausbleiben würde sie nicht. Wer keine Geduld hatte, ging dem Wohlstand entgegen, er wanderte aus.

Um die Aufbruchstimmung der fünfziger Jahre zu begreifen, kommen wir ohne eine Betrachtung

tung der ersten Hälfte dieses Jahrhundert nicht aus. Es war ja nicht nur der Zweite Weltkrieg mit seinem katastrophalen Ende, der den Erwartungshorizont der Menschen auf Null reduziert hatte.

Auch die 40 Jahre davor hatten es in sich, das ganze halbe Jahrhundert war in der Rückschau ... ein einziger Vulkanausbruch im alten Europa. 1907 eine Wirtschaftskrise mit erheblichen Mangelerscheinungen; es gab kein Fleisch für die Arbeiter. Danach der Erste Weltkrieg, in dem die Deutschen mehr hungerten als im Zweiten Weltkrieg. Ihm folgte die Inflationszeit der zwanziger Jahre mit persönlichen Katastrophen für Millionen Menschen. Eine kurze Phase der Stabilität von 1926 bis 1928 ging der Weltwirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit voraus. Die darauffolgende wirtschaftliche Entwicklung in der Mitte der dreißiger Jahre ging im Elend des Zweiten Weltkrieges unter.

Keine Frage, die Deutschen waren mit wirtschaftlicher Not verwandt und verschwägert. In der Schule lernten sie seit altersher Gedichte wie "Wer nie sein Brot mit Tränen aß ...", und über ihren Betten hingen Sinnsprüche wie dieser: "Lerne leiden, ohne zu klagen!"

Über diese Menschen kam, als sie glaubten, auf dem äußersten Tiefpunkt angekommen zu sein, das Wirtschaftswunder. Sie fühlten sich wie jemand, der aus sibirischer Kälte in einen Raum mit null Grad kommt. Er muß glauben, der Frühling sei ausgebrochen. Auch das ein gravierender Unterschied zur Gegenwart. Heute kommen wir alle aus der Wärme und empfinden eine geringe Abkühlung schon als unerträglich.

Von den Fakten her betrachtet war die wirtschaftliche Entwicklung gar nicht so wunderbar. Die Arbeitslosigkeit blieb hoch, die Löhne waren niedrig, die Wohnraumversorgung katastrophal, das soziale Netz sehr unvollkommen. Der allgemeine Wohlstand lag weit unter dem heutigen Niveau.

Trotzdem war das Wirtschaftswunder keine Erfindung von oben, keine Wahlwerbung oder der Versuch, leidende Menschen mit Luftschlössern zu täuschen. Nein, die meisten hielten die Entwicklung tatsächlich für wunderbar. Nach den Erfahrungen der ersten Hälfte des Jahrhunderts mußten sie mit dem Schlimmsten rechnen, denn eigentlich sah es 1945 noch schlechter aus als 1918. Die Niederlage war totaler als die nach dem Ersten Weltkrieg; Städte und Industrie waren von Bomben zerstört, das Land zerstückelt und unter fremder Besatzung, es war isoliert und verfehmt.

Daß sich unter diesen deprimierenden Bedingungen die wirtschaftliche Lage besser entwickelte als nach dem Ersten Weltkrieg, mußte in der Tat für ein Wunder gehalten werden. Heute wissen wir, daß die Tiefe des Falls Bedingung war für die Größe des Aufstiegs.

Die außenpolitische Isolierung in der die Bundesrepublik lebte, hat die Wirtschaftswundermentalität mitgeprägt. Die häßlichen Deutschen, mit denen im Ausland niemand etwas zu tun haben wollte, verkrochen sich hinter ihre Grenzen und stürzten sich auf das, was ihnen noch geblieben war: die Wirtschaft.

Die Rundfunksender ergingen sich in Nachrichten über die wöchentlich geförderte Kohlenmenge; Fabrikeinweihungen, Stapelläufe und Exportaufträge waren Schlagzeilen wert. Produktionssteigerungen wurden gefeiert wie im Kriege die Erfolge an den Fronten; die monatlichen Exportzahlen erwartete die Nation damals wie heute die Lottozahlen.

Womit sollten die Deutschen sich sonst beschäftigen? Niemand wollte etwas mit ihnen zu tun haben. Die meisten Ausländer wuschen sich die Hände, wenn sie einen Deutschen berührt hatten. Wer sich vergegenwärtigt, welche Mühe es bereitet hat, auf dem vergleichsweise harmlosen Gebiet des Sports wieder Kontakt zwischen den Deutschen und ihren Nachbarn auf die Beine zu stellen, wird das Ausmaß der Isolierung begreifen. Den Deutschen blieb nichts anderes übrig als die Wirtschaft. ...

Ein weiterer Grund für die Flucht ins Nur-Wirtschaftliche wird häufig übersehen: Viele der sogenannten höheren Werte – Freiheit, Vaterland, Ehre, Treue, Glauben – hatten in ihrer per-



vertierten Ausprägung gerade auf furchtbare Weise Schiffbruch erlitten. Die Antwort der Betroffenen war eine natürliche Skepsis gegenüber allen sogenannten Idealen, eine Antwort, die die Menschen so nüchtern materialistisch erscheinen ließ.

Eines fand in der Wirtschaftswunderzeit sicherlich nicht ausreichend statt, die Bewältigung der Vergangenheit. Die Vermutung, die Deutschen seien vor ihrer Vergangenheit ins Wirtschaftswunder geflohen, wollten das schlechte Gewissen mit Wirtschaftserfolgen betäuben, ist nicht ganz unbegründet. Das galt zunächst für die Deutschen als Gesamtheit.

Während andere Völker, etwa Italien, rechtzeitig aus dem Kriege ausgeschieden waren und sich die Illusion eines "befreiten" Landes leisten konnten, fühlten sich die Deutschen nie befreit, sondern immer nur besiegt. Die Sieger taten in den Anfangsjahren auch wenig, um sie von dieser Einstellung abzubringen. Morgenthauplan und Demontage zeigte den Deutschen, was man mit ihnen vorhatte.

"Befreite" Völker können den Vorwurf, die Gewaltherrscher, unter denen sie gelebt haben, hätten Schreckliches begangen, mühelos akzeptieren, ja, sie werden sich selbst als Opfer dieser Gewalt verstehen. Ein Nur-Besiegter ist dazu nicht in der Lage.

Die Sieger haben es den Deutschen schwermacht, sich von ihren Schreckensführern zu distanzieren. Mit ihrer These von der kollektiven Schuld ließen sie ihnen keinen Ausweg. Die meisten haben es den Siegern einfach nicht geglaubt, sie haben die Bilder von Bergen-Belsen und Auschwitz für gestellte Fotos gehalten, für eine Fortsetzung der Kriegspropaganda gegen den Besiegten. Hinzu kommt der natürliche Instinkt, der vor zu großen Schreckensbildern die Augen verschließt. Schon bei einem einfachen Verkehrsunfall wenden sich die meisten Passanten ab, wenn Blut fließt. Was will man da anlässlich des größten "Verkehrsunfalls" der deutschen Geschichte erwarten?

Psychologisch betrachtet wären die Deutschen keine Menschen, sondern seelenlose Monster, wenn sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg so verhalten hätten, wie es der Rest der Welt und viele Nachkriegsgeborene offenbar erwarteten. Die Verdrängung war normal, eine Überlebensmedizin.

Verdrängung der Vergangenheit ins Wirtschaftliche darf keineswegs immer nur mit Auschwitz und ähnlichen Schreckenssymbolen gekoppelt werden. Sie fand im persönlichen Bereich auf ganz harmlose Weise statt. Wer wollte es einem Dreißigjährigen, der seine Jugend im Uniformrock und anschließend in Gefangenschaft verbracht hatte, verübeln, wenn er nur noch friedlich arbeiten, eine Existenz aufbauen, vielleicht ein Haus errichten wollte.

Das beschauliche Wirtschaftliche war das Gegenstück zum Materialistischen, das bis dahin die Zeit beherrscht hatte. Man mußte nicht unbedingt schuldig geworden sein, um den Wunsch zu verspüren, in die Idylle von Eigenheimbau und Schrebergarten heimzukehren. Übrigens waren die Deutschen ja nicht nur Täter, sondern auch Opfer der Schreckensjahre. Auch als Opfer verdrängten sie ihre Erlebnisse mit der Flucht ins Wirtschaftswunder.

Es war schon ein Segen, daß das Trauma der Bombennächte, der Flucht und der Vergewaltigungen sich in harter Arbeit am eigenen Häuschen auflösen ließ.

Zu den eindrucksvollsten Erlebnissen der fünfziger Jahre gehört die Umwandlung der Wirtschaft von einem Verkäufer- zum Käufermarkt. ... Bis dahin waren es die Verbraucher gewohnt, vor den Läden in langen Schlangen geduldig zu warten, um das Nötigste gerade noch zu bekommen. Nicht die Wartenden vor der Tür, sondern die Ladenbesitzer waren die heimlichen Herrscher im Dorf oder Städtchen, auf ihre gute Laune und Freundlichkeit war man angewiesen.

Man harrte geduldig aus, bis sie aus dem Mittagsschlaf erwachten und geruhten, den Laden zu öffnen. Glücklicherweise, wer mit ihnen verwandt oder gut bekannt war, um über "Beziehungen" eine bessere Versorgung zu erhalten.

Das änderte sich Anfang der fünfziger Jahre radikal. Der Verbraucher, nun Besitzer wertvol-

len Geldes, wurde umworben, ihn behandelte man freundlich und zuvorkommend. In den Dörfern und Kleinstädten zog der Geschäftsmann zuerst den Hut, wenn er einem Kunden auf der Straße begegnete.

Die in den fünfziger Jahren zurückgewonnene Konsumfreiheit des Verbrauchers wird heute kaum noch als Wert gewürdigt. ... Wie deprimierend es ist, in einem Wirtschaftssystem zu leben, in dem nicht der Kunde, sondern der Mann hinter dem Ladentisch, der staatlich angestellte Warenverteiler, den Mittelpunkt darstellt, können westliche Besucher bei ihren Reisen in osteuropäische Länder gründlich studieren.

Das Wirtschaftswunder war mehr geistiger Zustand als wirtschaftliche Realität, eine Stimmung, gespeist aus vielen Quellflüssen. Eine gewisse gläubige Naivität war wohl die wichtigste Zutat. Möglicherweise ist der Verlust dieser Naivität die entscheidende Veränderung der Nach-Wirtschaftswunder-Jahre. Heute kommen viele schon mit diesem Naivitätsverlust auf die Welt, haben damit auch die Fähigkeit eingebüßt, über eine so simple Geschichte wie den Erwerb eines neuen Fahrrades ein halbes Stündchen glücklich zu sein.

Die eigentliche Bewährungsprobe für unsere naivitätslose Zeit wird kommen, wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen so verschlechtern, daß wir jenen Verhältnissen nahe kommen, die damals als "Wirtschaftswunder" gefeiert wurden. Vielleicht brauchen wir dann zum Überleben eine neue Illusion, eine neue Naivität. ...<<

#### **4. Wieso wurde am 25. März 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet?**

Der belgische Politiker Paul-Henri Spaak (1899-1972) schrieb später über die Unterzeichnung der "Römischen Verträge" (x067/195): >>Am 25. März 1957 unterzeichneten wir in Rom die beiden Verträge – den über die Gründung des Gemeinsamen Marktes und den über die Gründung von Euratom.

Es war eine unvergeßliche Feier. Die Italiener hatten alles hervorragend arrangiert. Wir versammelten uns im Kapitol, im Saal der Horatier und Curatier. Alle Mitarbeiter an dem großen Werk, das wir einweihen sollten, waren anwesend: die Minister, die es gewünscht hatten, die Delegationsführer, die eine gewaltige Arbeit vollbracht hatten, die Fachleute, die uns geholfen hatten.

Die Glocken von Rom läuteten mit aller Macht zum Gruß für die Geburt des neuen Europa. Meine Erregung, meine Freude und meine Hoffnungen waren eins. ...

Die Verträge von Rom stellten den Sieg des Geistes der Zusammenarbeit und die Niederlage des egoistischen Nationalismus dar. Die Menschen, die das Unternehmen zum Erfolg geführt hatten, waren von den gleichen Überzeugungen und dem gleichen Ideal beseelt. Ohne ihre Ergebenheit für ihr eigenes Vaterland im geringsten zu verleugnen, verkündeten sie die Notwendigkeit, die Länder untereinander zu vereinigen, um ihre wirtschaftliche Kraft und darüber hinaus ihre politische Macht zu sichern.

Sie waren sicher, durch diese Handlungsweise den Niedergang einer Kultur aufzuhalten und dem europäischen Kontinent seinen Rang und seine Ausstrahlung wiederzugeben. Sie beabsichtigten nicht, ihre Bemühungen auf diesen unmittelbaren Erfolg zu beschränken. Sie hofften, daß sich ihnen eines Tages andere Länder anschließen würden.

Sie glaubten auch, daß die wirtschaftliche Integration sie unfehlbar zur politischen Einigung führen würde. Ihr Endziel war die Schaffung eines Europas, das kein Satellit Amerikas, sondern dessen vollwertiger Partner in einer westlichen Welt werden sollte, die zur Verteidigung einer bestimmten Lebensform organisiert und vereint war. ...<<

#### **5. Weshalb führte der Bau der "Berliner Mauer" am 13. August 1961 zur vollständigen Spaltung Berlins?**

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den Mauerbau in "Berlin" (x009/62-63): >>Die Spaltung der Stadt wurde (bereits) durch die kommunistische

Sprengung der im Sowjetsektor tagenden Stadtverordneten-Versammlung am 6.9.1948 vollendet. ...

In der Nacht vom 12. zum 13.8.1961 wurde auf sowjetzonale Anordnung der bis dahin trotz schikanöser Beschränkungen noch funktionierende Verkehr über die Sektorengrenze praktisch unterbrochen, die Spaltung der Stadt restlos vollzogen und damit vor allem auch die Fluchtbewegung unterbunden.

Die Sektorengrenze wurde durch Stacheldraht, Mauern und dann durch den von der Demarkationslinie her bekannten "Todesstreifen" sowie starke militärische Bewachung "gesichert". Sie wurde, obwohl formell nur eine Form der Demarkationslinie ein Teil der Staatsgrenze West.

... Nunmehr benötigen West-Berliner ebenso wie Bürger der Bundesrepublik für jedes Betreten des Sowjetsektors eine Aufenthaltsgenehmigung (nichtamtlich: Tagespassierscheine), für längere Aufenthalte im Sowjetsektor eine Erlaubnis der zuständigen Stelle der Volkspolizei.

...

Trotz der Sperren haben seit dem 13.8. verzweifelte Ost-Berliner versucht, unter Einsatz ihres Lebens auf abenteuerlichen Wegen nach West-Berlin zu fliehen. Manche von ihnen mußten diesen Versuch mit dem Leben bezahlen. Zu den weiteren Verschärfungen der Sperrmaßnahmen nach dem 13.8. gehören: Vermauern der Fenster von Häusern an der Sektorengrenze; Evakuierung, auch Abbruch solcher Häuser, Aushebung von Gräben.

Das Bewachungspersonal leistet den strengen Befehlen nur zum Teil Folge. Zahlreiche seiner Angehörigen haben die ihnen gebotenen Gelegenheiten zur Flucht ausgenutzt. ...<<

## **6. Warum kam es im Jahre 1962 zur internationalen Kubakrise?**

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Kubakrise (x283/242-244): >>... Am 22. Oktober 1962 erfuhr die Welt aus einer aufwendig inszenierten Rede von Präsident Kennedy, daß die Sowjets auf der Insel einen Militärstützpunkt aufgebaut hatten, dessen nukleare Mittelstreckenraketen die USA bedrohten. Luftaufnahmen hatten festgestellt, daß die Basen kurz vor der Einsatzbereitschaft standen.

Fidel Castro erhoffte sich dadurch Schutz gegen eine Wiederholung der im Vorjahr abgewehrten, von der 'Central Intelligence Agency' unterstützten Landung bewaffneter Exilkubaner in der Schweinebucht; Chruschtschow ging es um einen strategischen Vorposten im Kalten Krieg.

Kennedy verlangte von Moskau unverzüglichen Abzug der Raketen und den Abbau der Basen, rief den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an und verkündete eine Seeblockade über Kuba. Unverhüllt drohte er mit einem Gewaltakt, bei dem er auch den atomaren Erstschlag nicht ausschloß.

Seit 1901 proklamierte und praktizierte Washington ein Interventionsrecht auf Kuba, erneut seit der Machtübernahme Castros 1959. Mit dessen Hinwendung zu Moskau war er für das amerikanische Selbstbewußtsein ein Dorn im Auge. Aber alle Versuche der Regierung, die Kubaner durch ein Embargo (seit Februar 1962) oder den 'Máximo Lider' mit Mafia-Methoden (seit 1960) umzubringen, scheiterten.

Schon Anfang 1962 begann in gigantischem Umfang der Aufmarsch der Army für einen Panthersprung nach Kuba zum Sturz Castros. Ein fingierter Vorwand – die Kuba zur Last gelegte Selbstversenkung eines amerikanischen Schiffes – sollte nach Robert Kennedy nationale Empörung auslösen und die Aktion vor dem Fernsehpublikum rechtfertigen. Mit Finten – amtlich: "ungeklärten Zwischenfällen" zur See – hatte Washington schon 1898 den amerikanisch-spanischen Krieg in der Karibik inszeniert (Versenkung des Linienschiffs 'Maine'), 1915 den Krieg gegen Deutschland vorbereitet (Opferung der 'Lusitania') und 1964 den Vietnamkrieg eröffnet (Tongking-Zwischenfall). ...

Nun drängte der Pentagon zum Krieg gegen Kuba, zumal seit dem 15. Oktober die ersten Fotos der Abschlußrampen vorlagen. ...

In den folgenden 13 Tagen wurde hoch gepokert. Die US-Air Force stand bereit, 3.500 Atomwaffen gegen 1.077 Ziele in der UdSSR und der Volksrepublik China einzusetzen. Unmittelbar nach der Kennedy-Rede hatte Castro mobil gemacht. Moskau befahl indessen, jede Provokation zu vermeiden.

Dennoch wurde am 27. Oktober, dem "Schwarzen Samstag", ein Aufklärungsflieger ... über Kuba vom Himmel geholt und auf See kam es zu Konfrontationen mit Blockadebrechern, atomar bestückten Unterseebooten der Sowjets. Eigenmächtigkeiten auf der unteren Ebene drohten Castros laut geäußerten Wunsch nach einem Atomkrieg gegen den Imperialismus zu erfüllen.

Im Weißen Haus suchte man durch ein Ausgleichangebot den Russen den Rückzug zu erleichtern. ... Am 28. Oktober gab Chruschtschow nach. Er brüstete sich als Retter des Weltfriedens, aber zwei Jahre später wurde er als ... Schwächling gestürzt.

Sein Nachfolger Breschnew suchte das eklatante Rüstungsdefizit gegenüber den Vereinigten Staaten mit hohem Kostenaufwand auszugleichen und trieb damit sein Land dem wirtschaftlichen Ruin entgegen. Der Vorsprung Amerikas war nicht einzuholen. Das Pentagon verfügt mittlerweile über 18.000 atomare Sprengköpfe. ...<<

### **7. Wieso verlor die US-Weltmacht den Vietnamkrieg von 1965 bis 1975?**

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Krieg in Vietnam von 1965-1975 (x068/339-341): >>... **Die Verteidiger der Menschenrechte**

Es war kein anderer als der amerikanische Kardinal Francis Spellman, der seinerzeit als Armeebischof schrie, die Amerikaner verteidigten in Vietnam die Sache Gottes, der Gerechtigkeit und der Zivilisation. Es war kein anderer als dieser Kardinal, der den totalen Krieg, die Ausradierung von Hanoi forderte, der rief "Weniger als Sieg ist undenkbar". Es war dieser so sehr mit der Wallstreet verbundene Kirchenfürst, der das vietnamesische Inferno als "heiligen Kampf" feierte, als "Kreuzzug", und die Soldateska seines Staates als "Soldaten Christi"; der Brandreden hielt, daß sich sogar, das heißt etwas, Washington betroffen zeigte.

Kein Wunder, ist der Prälat doch wie kaum ein anderer von Anfang an in diesen grauenhaften Krieg verstrickt. Er war es, der den Katholiken Diem schon frühzeitig, nämlich 1954, an den Senator John F. Kennedy "verkaufte", sodaß dieser vor jeder Nachgiebigkeit in Vietnam warnte. Er war es, der mit Dulles unter anderem die durch das Genfer Abkommen vorgesehenen freien Wahlen verhinderte. Und er war es schließlich, der Kennedy, als der dann Präsident geworden, dazu brachte, aktiv mit Soldaten in Vietnam einzugreifen.

Insgesamt standen in Vietnam 2,6 Millionen Amerikaner. Dazu kommen noch 0,7 Millionen US-Soldaten, die den Krieg in Südostasien und dessen Gewässern führten. Entsprechend sind die Verluste. Allerdings nicht so sehr auf amerikanischer Seite, wo man sogenannte Kriegshandlungen spätestens seit dem Ersten Weltkrieg vor allem mit Material erledigt, wo man mit Masse totschießt, mit Technik. Im Grunde mit Geld. Wie ja auch für das Geld.

Die Verluste der Amerikaner in Vietnam werden mit 56.221 Toten und 303.605 Verwundeten angegeben. Außerdem verloren sie 3.705 Flugzeuge und 4.867 Hubschrauber.

Die Südvietnamesen hatten schon mehr Gefallene, etwa 200.000, da man die Verbündeten großzügig vorgehen ließ – im Kampf. Übrigens auch die eigenen Schwarzen. Obwohl sie nur 11 % der männlichen US-Bevölkerung zwischen 18 und 29 Jahren ausmachten, waren in Vietnam mehr als 21 % der US-Gefallenen Schwarze! Auch bei ihren Krawallen in den Staaten starben und sterben ja immer mehr Schwarze.

Ihre oft so großsprecherischen Weißen kämpfen nämlich nicht gern im Krieg; an sich ein gutes Zeichen. Das war im Korea-Konflikt so, der nach dem Militärexperten der "Herald Tribune" mit ganzen "Regimentern" begann, "die flohen, bevor der Kontakt mit dem Feind aufgenommen war". Und das kannte man auch schon aus dem Zweiten Weltkrieg, wie jeder weiß,

der das Pech hatte, dabei sein zu müssen. Ein ... GI machte von seiner Waffe nicht gern Gebrauch.

Ein aktiver US-Oberst, der nachmalige General L. S. A. Marshall, hat sich damit im Zweiten Weltkrieg befaßt und beweist mit seitenlangen Fakten: "Das beste Resultat, das nur ganz hervorragende und besonders angriffsfreudige Kompanien erreichten, war, das 'ein' Mann von vierein kämpfte. Die Dinge lagen so, daß während eines Kampfes von hundert Mann an der Front durchschnittlich nur 15 von ihrer Waffe Gebrauch machten ..."

Auf nordvietnamesischer Seite sah es etwa anders aus. Da wußte man, warum man Krieg führte und wofür, und wurde eben vom Material der anderen erschlagen, nicht von ihrem Mut. (Die Gesamtkosten der US-Aggressionen werden auf 135 bis 140 Milliarden Dollar geschätzt). So gab es da mehr als 2 Millionen Tote und 2 bis 3 Millionen Verwundete. Und viele Millionen Flüchtlinge. ...<<

### **8. Weshalb wollte die 68er Bewegung die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland grundlegend verändern?**

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (15/1988) berichtete später über die "Jugendrevolution und Protestbewegung der sechziger Jahre": >>Träume im Kopf, Sturm auf den Straßen

Ich stand an dieser Stelle, als der Schuß fiel. Ich habe gesehen, wie eine Schar von sechs bis acht Polizisten auf den Studenten eindrang, wie er mit Knüppeln bearbeitet wurde, wie er wehrlos und passiv in dieser Traube von Polizisten hing, und dann habe ich das Mündungsfeuer der Pistole gesehen. Das Mündungsfeuer war ungefähr in Kopfhöhe. Im nächsten Moment lag der Student am Boden und rührte sich nicht - Aussage des Musikstudenten Frank Krüger über den Todesschuß auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967.

Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen - Das Springerblatt "BZ" am 3. Juni 1967. Für Benno Ohnesorg, 26 Jahre, Philologiestudent vor dem Abschluß, Ehemann und angehender Vater, ist es die erste Straßendemonstration. Er hat ein kritisches Buch darüber gelesen, wie grausam es unter dem von der deutschen Regenbogenpresse gefeierten "kaiserlichen Paar" in Persien tatsächlich zugeht. Deshalb will er mitprotestieren gegen die untertänige Ehrerbietung, mit der die bundesdeutschen Politiker - der Bundeskanzler heißt Kiesinger, Außenminister ist Willy Brandt, Bundespräsident Heinrich Lübke - den Schah und späteren Krupp-Großaktionär Resa Pahlewi nebst Gemahlin als Staatsgäste empfangen.

Während drinnen in der Deutschen Oper dem Pfau vom Pfauenthron und seiner Gattin Farah Diba die "Zauberflöte" vorgespielt wird, stürmen Polizisten an diesem noch hellen, warmen Abend mit gezogenen Schlagstöcken auf die Demonstranten los, prügeln sie auseinander und machen Jagd auf die Flüchtenden. Daß ein Kriminalbeamter namens Kurras dabei die Dienstpistole gezogen und einem unbescholtenen Bürgersohn, Mitglied der Evangelischen Studentengemeinde, eine Kugel in den Hinterkopf gefeuert hat - diese Nachricht trifft einen großen Teil der jungen Generation wie ein KnüppelhieB.

Die vielen Abseitsstehenden, die mit den marxistischen Thesen der linken Akteure wenig anzufangen wissen, werden von dem Todesschuß wachgeschockt. Theoriebegriffe wie "Repression" oder "Entfremdung" sagen diesen jungen Leuten nichts. Aber der auf einem Auto-Abstellplatz sterbende Student, dem eine verstörte junge Frau sanft den Kopf hält - dieser Anblick ergreift und empört sie.

Sie mögen nicht recht an den wiedergeborenen Sozialismus glauben, den Rudi Dutschke predigt. Aber sie können erkennen, daß die Springer-Blätter weder Lüge noch Verdrehung scheuen, um die widersetzlichen Studenten zu Haßobjekten für die Bevölkerung herzurichten. Auf einmal wird das böse Rätsel der Vergangenheit ein wenig durchsichtiger für die Jungen; sie bekommen eine Ahnung, wie das gewesen sein muß, als in Deutschland, vor 1933 und danach, unablässig gegen eine Minderheit gehetzt worden ist: gegen die Juden.

Viele bis dahin gleichgültige Studenten drängt es nach Ohnesorgs Tod, Partei zu ergreifen - und zwar anders als einst ihre Eltern. Soziologe Detlev Claussen, Mitglied der radikalen Avantgarde beim "Sozialistischen Deutschen Studentenbund" (SDS), erinnert sich: "Du bist am Morgen nach Ohnesorgs Erschießung aufgewacht, und es sind plötzlich ganz viele Menschen, ... die du noch nie gesehen hast, da. ... Das hat auch irgendwo diesen euphorischen Funken gesetzt." Erst von da an, meint Claussen, könne man wirklich von einer studentischen "Bewegung" in Westdeutschland sprechen.

Denn immer mehr Studenten und Schüler kamen in jenem Sommer zu dem Schluß, daß die Radikalen vom SDS recht hatten. Bewies nicht der Fall Ohnesorg, daß der Staat auf Gewalt beruhte statt auf Demokratie und Recht? Steckte in einer Polizei, die Wehrlose bewußtlos schlägt und sogar tötet, nicht die Brutalität der Diktatur? Und was war das für eine Justiz, die den Todesschützen Kurras nach seiner Tat frei herumlaufen ließ und ihn dann sogar vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung freisprach?

Die Politiker sahen den "Charaktermasken" immer ähnlicher, von denen die SDSler sprachen - nur Berlins Regierender Bürgermeister Heinrich Albertz, Pastor von Haus aus, wurde nach Ohnesorgs Tod erleuchtet und bekehrt wie einst Saulus auf dem Weg nach Damaskus: Er trat drei Monate später von seinem Amt zurück und entwickelte sich zum linkschristlichen Mahner wider den Hochmut der Politikerkaste, die in Bonn gerade eine ebenso burleske wie bedrohliche Vorstellung gab.

Die großen Parteien herrschten seit 1966 gemeinsam und faktisch ohne Opposition: CDU/CSU und eine auf CDU-Kurs eingeschwenkte SPD Arm in Arm als "Große Koalition" mit dem Kanzler Kurt Georg Kiesinger, den Heinrich Böll für "untragbar und unerträglich" hielt, weil er der Naziartei angehört hatte und im Außenministerium für Rundfunk-Propaganda zuständig war.

Diesem Mann im Silberhaar zur Seite standen der ehemalige Widerstandskämpfer Willy Brandt und Franz Josef Strauß: eine Regierung der verlogenen Versöhnung und unverhüllten Opportunität. In suspekter vaterländischer Eintracht hatte sie sich vorgenommen, verfassungsändernde Gesetze für den Fall eines nationalen Notstands zu schaffen.

Da brauchte man nicht, wie es Kiesinger einmal tat, "irrationale, ja dämonische Kräfte" zu bemühen, um zu begreifen, warum sich im Land eine radikale außerparlamentarische Opposition erhob, "Apo" genannt. Enttäuschte SPD-Genossen, linke Intellektuelle, Gewerkschafter und Gewerkschaftsjugend verbanden sich in ihr mit den politischen Studenten. Das Protestpotential an den Universitäten wuchs. Um so dringender wurde die Frage, was damit geschehen sollte. Denn immer nur polizeilich genehmigte Umzüge zu veranstalten und Plakate durch die Gegend zu tragen, das war den Vorreitern der Auflehnung nicht mehr genug.

Ein Mädchen stellte sich vor einen der Soldaten. "Warum, warum nur?" fragte sie. "Wir sind wie ihr. Ihr seid wie wir. Die dort sind schuld", sagte sie und zeigte auf das Pentagon. Sie legte zwei Finger auf ihren Mund, küßte sie und berührte damit die Lippen des Soldaten.

Vier andere Soldaten packten sie und schleppten sie fort zu den anderen Festgenommenen. Der Soldat, mit dem sie gesprochen hatte, versuchte seinen Kameraden zu erklären, daß das Mädchen ihm ja nicht weh tun wollte - Aus Norman Mailers Erlebnisbericht "Heere aus der Nacht".

Samstag, 21. Oktober 1967. Das Pentagon wird belagert. Wie eine riesige lebende Flickendecke, leuchtend bunt in der Herbstsonne, liegen, sitzen und stehen nahezu 40.000 Menschen vor dem ungeheuren graugelben Fünfeck des US-Verteidigungsministeriums, vor dem Bürokoloss und Nervenzentrum der amerikanischen Kriegsmaschine.

Zum erstenmal laufen die Kriegsgegner nicht einfach nur durch Washington und hören sich die immer gleichen Reden an. Zum erstenmal sind sie über den Potomac-Fluß hinweg zum Sitz des Übels gezogen, um den Managern des Todes wenigstens symbolisch auf den Leib zu

rücken.

Inmitten der Menge auf den weiten Parkflächen am Potomac-Ufer steht ein Lastwagen mit einer Rockband darauf, den "Fugs". Der rotbärtige Beat-Poet Ed Sanders tritt ans Mikrofon, doch er singt nicht, rezitiert nicht, hält keine Ansprache. Er betreibt Exorzismus. Er beschwört die bösen Geister des Pentagon, um sie zu verscheuchen. Während die Fugs mit Zimbeln, Triangeln und Glocken exotische Klänge erzeugen, fleht Sanders die heidnischen Götter um Beistand an: "Im Namen von Ra, Osiris, Horos, Isis, im Namen des lebenden Universums rufen wir den Geist auf, das Pentagon aus seinem elenden Schicksal körperlich emporzuheben und bei sich zu bewahren."

Das Pentagon erhebt sich gleichwohl nicht einen Fuß hoch in die Luft; es schwebt nicht empor, wie erhofft, und wird auch nicht rosa zum Zeichen seiner Reinigung. Doch die Exorzisten lassen sich nicht beirren. "Hinaus, Dämonen, hinaus!" schreien die Fugs nun im Chor. "Zurück in die Finsternis, ihr Satansdiener - hinaus, Dämonen, hinaus!" Der Sprechgesang breitet sich aus, bis die Teufelsaustreibungsformeln aus vielen tausend Kehlen steigen. Nicht nur Ed Sanders und die Fugs glauben, der Wahnsinn in Vietnam sei vielleicht nur damit zu erklären, daß im Pentagon der Geist der Verdammnis herrscht.

Soldaten und Militärpolizisten in festgeschlossenen Reihen schützen die samstäglich ruhige Bürofestung ihrer Befehlshaber vor den Belagerern und den pazifistischen Vibrationen, die sie verbreiten. Die GIs halten ihre Gewehre mit aufgepflanzt, aber bedecktem Bajonett vor der Brust. Auf Armeslänge vor ihnen die Frauen und langhaarigen Männer, die eine äußere Absperrung durchbrochen haben und bis vor den Haupteingang vorgedrungen sind.

Eine spannungsgeladene Konfrontation über viele Stunden, sogar die Nacht hindurch; denn die entschiedensten Gruppen in der vorderen Linie harren aus, und die GIs werden im Turnus abgelöst. Eine Konfrontation zwischen Gleichaltrigen, von der Norman Mailer meint, Karl Marx müßte noch einmal auf die Welt kommen, um dieses Paradox zu erklären: Die Söhne der Arbeiter ziehen die Uniform an und kämpfen für "die letzte wirklich kapitalistische Nation" (Mailer), wo immer sie hingeschickt werden. Die Kinder des Bürgertums aber rebellieren, und diese Rebellion hat verwirrend viele Gesichter.

Junge Frauen stecken Blumen in die Gewehrläufe der Soldaten. Exotisch gekleidete Paare umarmen sich vor dem Hintergrund von Kampfanzügen und Stahlhelmen. Sitzdemonstranten, die von GIs mit Kolbenstößen traktiert werden, singen die Sternenbanner-Hymne, um zu zeigen, daß sie ihr Land aus patriotischer Sorge vor Schande bewahren wollen: Symbolhandlungen, mit denen die Friedensbewegten über die Medien das Bewußtsein ihrer Landsleute verändern wollen. Hippie-Happenings wie das Exorzismus-Ritual sollen erheitern und provozieren.

Aber auch die Militanz steigert sich vor dem Pentagon in eine neue Dimension. Ein Trupp vom amerikanischen SDS ("Students for a Democratic Society") stürmt mit einer Vietcong-Fahne auf einen Nebeneingang des Fünfecks zu in der Absicht, das Feldzeichen der aufständischen Kommunisten auf der Zitadelle amerikanischer Macht und Herrlichkeit zu hissen. Die SDSler sind waffenlos, aber sie fühlen sich schon wie Guerillas in der eigenen Hauptstadt. Militärpolizei fängt sie vor dem Eingang ab und prügelt sie zurück.

Auf der anderen Seite des Potomac-Flusses im Weißen Haus gesteht Präsident Lyndon B. Johnson einem Vertrauten, daß Vietnam ihm Alpträume bereite. Aber nicht die verstümmelten und verschmorten Opfer suchen ihn heim, auch nicht die jungen Amerikaner, die ihn "Mörder" nennen und in Sprechchören fragen, wieviel Kinder er denn heute wieder umgebracht habe. Was den Texaner mit dem melancholischen Bluthundgesicht plagt, ist der Gedanke, die meisten seiner Landsleute könnten ihn für einen "Mann ohne Rückgrat" halten, wenn er sich aus Vietnam zurückzöge.

In seinem "jede Nacht" wiederkehrenden Traum liegt Johnson an den Boden gefesselt in ei-

nem "langen, offenen Raum". Dann hört er, noch entfernt, "die Stimmen von Tausenden von Leuten". Sie rennen alle auf ihn zu und schreien: "Feigling! Verräter! Schwächling!"

Doch auch die rollenden Einsätze seiner B-52-Bomber können seinen uramerikanischen Horror vor der Ohnmacht nicht bannen. Und nach dem Schock der kommunistischen Tet-Offensive Ende Januar 1968 hat Johnsons wichtigster Mann aufgegeben: Verteidigungsminister Robert McNamara, angewidert von der selbstverschuldeten Misere, verläßt das Pentagon Ende Februar. Bei einem Abschiedsessen erleben die Gäste bei dem sonst stets beherrschten McNamara sogar einen "emotionalen Ausbruch gegen den Krieg" (Vietnam-Historiker Stanley Karnow).

Sein Nachfolger Clark Clifford, Washingtoner Anwalt und gewiefter Makler der Macht, ist entschlossen, die "bloody mess" in Asien zu beenden. Das sagt er aber nicht laut, sondern arrangiert eine Lunchverabredung zwischen dem Präsidenten und zwölf altgedienten Außenpolitikern und Generalen, den "weisen Männern". Ihr herausragender Kopf ist der 74jährige Dean Acheson, Außenminister von 1949 bis 1953, Architekt der Nato und tiefgefrorener Kalter Krieger, der seinen Präsidenten Harry S. Truman damals dazu breitschlug, den Franzosen Geld zu geben für ihren schmutzigen Krieg gegen Ho Chi Minhs Unabhängigkeitskämpfer - Beginn des Frevels an Vietnam. Doch dieser Mann hat seitdem dazugelernt.

Von den zwölf "wise men", die im "Familien-Eßzimmer" des Weißen Hauses familiär um Johnson herumsitzen, raten ihm acht, sich aus dem Krieg zurückzuziehen - und niemand in der erlauchten Runde rät es ihm dringender als Dean Acheson. Amerikas Intervention sei aussichtslos, weil Südvietnams Machthaber keinen Rückhalt im Volk besäßen, belehrt er den Präsidenten. Solchen Bundesgenossen sei nicht zu helfen. Aus diesem Grund habe der Krieg auch die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit verloren.

Johnson ist bestürzt, verstört, ergrimmt. "Jemand hat den Brunnen vergiftet", knurrt er argwöhnisch, als die "wise men" gegangen sind. Aber sein Durchhaltewillen ist gebrochen, sein texanisches Ego durchlöchert.

Fünf Tage nach dem geschichtsträchtigen Lunch, am 31. März, erscheint er, der Nachfolger John F. Kennedys, auf den Bildschirmen Amerikas und eröffnet seinen "fellow Americans", daß er darauf verzichte, in diesem Wahljahr 1968 für eine weitere Amtszeit zu kandidieren. Er wolle das Präsidentenamt aus dem "Parteienstreit" des Wahlkampfes heraushalten, erklärt er mit treuherzigem Augenaufschlag. Und er wolle Frieden in Vietnam.

Johnson kündigt an, die Bevölkerungszentren würden künftig nicht mehr bombardiert. Auch habe er seine Diplomaten angewiesen, sich mit Ho Chi Minhs Emissären zusammzusetzen und die Möglichkeit von Friedensverhandlungen zu erkunden.

Als Johnson am Ende seiner Verzichtserklärung mit gefurchter Stirn eine gute Nacht wünscht, rennen die Leute im New Yorker Künstlerviertel Greenwich Village auf die Straße, umarmen einander und führen Freudentänze auf. Über den Campus vieler Universitäten hallen Hupkonzerte und Indianergeheul; Siegespartys werden improvisiert, weil der Mann, der für die Protestbewegung zu einem napalmspeienden Scheusal geworden ist, die weiße Fahne zeigt.

Hochstimmung auch bei der jungen Opposition in Deutschland, als sie am nächsten Morgen die Nachricht erfährt. Die linken Sturmvögel vom SDS und ihre neugewonnenen Freunde glauben, daß sie, besonders mit ihrem aufsehenerregenden Vietnam-Kongreß in West-Berlin, zur Resignation Johnsons beigetragen haben. Andererseits hätte die ganze Studentenbewegung ohne den Impetus Vietnam ins Stocken geraten und erlahmen können, wenn der Präsident den Krieg wirklich konsequent gedrosselt und die Friedensgespräche durch Konzessionen erleichtert hätte.

So hält die Geschichte nach Johnsons Verzicht für drei euphorische Tage den Atem an. Drei Tage lang besteht zumindest eine vage Möglichkeit, daß dieses Jahr 1968 nicht zu einem Hexenkessel wird, vielleicht sogar milder ausfällt als seine Vorgänger.



Doch in der Stadt Memphis am Mississippi, sangesfroher Hort der Countrymusik von Liebe und Leid, geschieht am vierten Tag eine Untat, die unkontrollierbare Kettenreaktionen bis nach Berlin und Paris in Gang setzt.

Ein Schuß aus dem Gewehr eines Heckenschützen traf King unter dem Kinn, riß ihm die Krawatte ab und schleuderte ihn rückwärts auf den Betonboden des Balkons. Blut quoll aus einer klaffenden Wunde in seinem Hals ... (Kings Mitarbeiter Jesse) Jackson rannte die Außentreppe hinauf und bettete Kings Kopf in seinen Schoß. Andrew Young fühlte nach dem Puls, Pastor Ralph Abernathy stand daneben und stöhnte "Martin, Martin ..." James Bevel fiel auf die Knie und betete - "Newsweek" über den Mord an Martin Luther King am 4. April 1968.

Er war eine Art Gandhi der schwarzen Bürgerrechtskampagne. Er und seine Protestmethoden des "zivilen Ungehorsams" inspirierten die Avantgarde der Studentenbewegung auch in Europa.

King hatte die öffentliche Rassendiskriminierung in den Südstaaten überwunden (und dafür, erst 35 Jahre alt, den Friedens-Nobelpreis 1964 erhalten). Er hatte für die entmündigten Schwarzen ein Bundesgesetz erkämpft, das ihr Wahlrecht absichern soll. Und mit einem Sarkasmus, der dem weißen Amerika weh tun mußte, hatte er sich gegen den Krieg in Vietnam gewandt: "Warum werden schwarze Boys 10.000 Meilen weit geschickt, um Freiheiten zu verteidigen, die sie selber in Süd-Georgia und in Harlem nicht gefunden haben?"

Das ließ den Furien des Rassismus keine Ruhe. James Earl Ray, wenn er denn ein Einzelgänger war, handelte im stummen Auftrag aller King-Hasser, als er den schwarzen Pastor aus dem Hinterhalt erschöß.

Kings Kampf hatte auch das Bewußtsein von Millionen Schwarzen in den Großstadt-Gettos des Nordens geschärft. Glühende Wut über das eigene Elend hatte sich ausgebreitet. Radikale Sekten waren entstanden, die sich mit Umsturz- und Gewaltphantasien aus ihrer Ohnmacht hinausträumten. Schon von 1964 bis 1967 hatte es schwere Getto-Krawalle mit Dutzenden von Toten gegeben. Aber nun, auf die Nachricht vom Mord an King hin, brechen quer durch die Vereinigten Staaten in mehr als 100 Städten gleichzeitig Unruhen aus - die größten in der US-Geschichte. "Als das weiße Amerika Dr. King getötet hat", ruft der Black-Power-Protagonist Stokely Carmichael in Washington, "hat es uns den Krieg erklärt! Geht heim und holt eure Schießbeisen!"

In der Hauptstadt der freien Welt, zu über 70 Prozent von Schwarzen bewohnt, dringen jugendliche Banden aus dem weitläufigen Getto plündernd und brandstiftend bis zwei Blocks vors Weiße Haus vor, ehe sie eine Infanteristen-Schützenkette stoppt.

Behelmte Kampftruppen mit aufgepflanztem Bajonett bewachen Ministerien und Hotels rund ums Weiße Haus. Auf der großen Freitreppe des Kapitols ist ein Maschinengewehr-Trupp in Stellung gegangen.

Eine Kompanie Nationalgardisten in Kriegsausrüstung liegt auf dem manikürten Rasen der Präsidenten-Residenz in Bereitschaft. Über sie hinweg zieht der ranzig riechende Rauch von 70 Großfeuern, die auf der Hälfte des Stadtgebiets durch die Nacht brennen.

Als der Morgen graut, sieht Washington halb wie die belagerte Hauptstadt einer Bananenrepublik aus, halb wie Saigon in der Tet-Offensive. Es ist, als sei der Vietnamkrieg nach Hause gekommen. Allein in Chicago werden 12.500 Mann Armee und Nationalgarde aufgeboden, um den Aufruhr unter Kontrolle zu bekommen. Allein in Chicago gibt es elf Tote. "Gewalt", sagt der schwarze Radikale Rap Brown, "ist so amerikanisch wie Kirschpastete."

Bachmann: Ich ging über die Straße und bin auf ihn zugegangen und hab" gefragt, ob er Rudi Dutschke ist.

Richter: Wie stand er da?

Bachmann: Mit dem Fahrrad am Straßenrand. In Richtung Bahnhof Zoo.

Richter: Und das Fahrrad war wo?

Bachmann: Das Fahrrad war auf der Straße, und Dutschke stand auf dem Bürgersteig. Ich bin um Dutschke herumgegangen.

Richter: So, daß Sie auch auf dem Bürgersteig waren?

Bachmann: Ja.

Richter: Und Sie haben ihn gefragt?

Bachmann: Ob er Dutschke ist, und er sagte ja.

Richter: Sie kannten ihn?

Bachmann: Man kennt ihn von Bildern.

Richter: Und dann?

Bachmann: Dann sagte ich, du dreckiges Kommunistenschwein. Dutschke kam auf mich zu, und ich zog den Revolver und schoß den ersten Schuß - Aus der Gerichtsverhandlung gegen den Dutschke-Attentäter.

Sieben Tage nach dem Mord in Memphis wird der wichtigste Wortführer der antiautoritären deutschen Studenten, Rudi Dutschke, am Kurfürstendamm von drei Revolverkugeln in Kopf, Wange und Schulter lebensgefährlich verletzt; Gründonnerstag, der 11. April.

Attentäter ist der 23jährige Hilfsarbeiter Josef Bachmann, ein schwächlicher, ruheloser, unglücklicher Mensch, der bis zu seinem zwölften Jahr in Sachsen aufgewachsen ist und nach dem Mauerbau 1961 ein fanatischer Antikommunist geworden ist. Auch liest er, neben "Bild", gläubig die "Deutsche Nationalzeitung", in der am 22. März groß die Aufforderung stand: "Stoppt Dutschke jetzt! Sonst gibt es Bürgerkrieg." Den letzten Anstoß zur Tat aber hat ihm der Anschlag auf Martin Luther King gegeben.

Rudi Dutschke faszinierte die Studenten auf nicht unähnliche Weise wie Pastor King seine Anhänger. "Es war die Überzeugtheit, die Sicherheit, das Engagement, das alle spürten ... und weniger das, was er inhaltlich sagte", erinnert sich Inga Buhmann, die Dutschke persönlich kannte. Sie war nicht von dieser "Suggestionskraft", sondern "von seinem freundlichen Wesen" im mitmenschlichen Umgang "sehr angetan".

Dutschkes "Weltrevolution" hatte viel gemeinsam mit der apokalyptischen Wiederkehr Christi, von der sich zumal die schwarze Kirche das Heil verspricht. Und wenn Dutschke von der befreiten und befriedeten Gesellschaft der Zukunft schwärmte, dann klang das um ein Haar wie Martin Luther Kings "I have a dream" - wie der Traum des Predigers von einer Welt, in der alle Menschen Brüder werden.

Die Parallelen gehen noch weiter, auch wenn die Reaktion auf Bachmanns Attentat nicht heranreichen kann an die wilde Verzweiflung, mit der die Schwarzen ihre Slums in Brand steckten. Dennoch ist der Aufruhr, der nun aus den universitären Gettos in Berlin und der Bundesrepublik hervorbricht, für deutsche Verhältnisse ein subversives Großereignis: Die heftigsten und verbreitetsten Straßenkämpfe seit der Weimarer Republik entbrennen.

Wir schrien unsere Wut heraus, viele von uns warfen zum ersten Mal bedenkenlos Steine - im Amerikahaus, an dem wir vorbeikamen, blieben nicht viele Scheiben heil. Wir alle fühlten uns getroffen, und unsere Empörung war grenzenlos. Als wir beim Springer-Hochhaus angekommen waren, war der Zorn nicht mehr zu bändigen. Die Steine flogen so bedrohlich durch die Gegend, daß ich auf die Seite flüchtete - Inga Buhmann in ihren Erinnerungen (Inga Buhmann: "Ich habe mir eine Geschichte geschrieben") ...

Es gab eine Bereitschaft zur Gewalt, die aus einer ungeheuren Wut kam. Wir waren jetzt auf Krieg aus, auf Bürgerkrieg. Wenn es nicht so gewesen wäre, hätten wir nicht mit den Autos anderer Leute Barrikaden gebaut, ohne uns um die Besitzer zu scheren. Hätten wir nicht wie selbstverständlich einen Bus umgekippt und in Brand gesteckt. Ja, vom Gefühl her erklärten wir den Krieg, und zwar vor allem den Medien, die durch ihre Diffamierungen und Verleumdungen Menschen töteten - Barbara Brick, 1968 SDS-Mitglied in München ...

Als die Polizeikette diesem ersten Ansturm standhielt, zog sich der Stoßkeil der Störer etwa 20 bis 30 Meter zurück, um sich erneut zu formieren. Unter lautstarkem Johlen mit rhythmischen Rufen erfolgte der zweite Ansturm. Gleichzeitig prasselte ein Steinhagel, zum Teil salvenmäßig auf Kommandorufe geworfen, gegen den Haupteingang und die verglaste Hauswand, wurde mit brennenden Fackeln und Fahnenstöcken auf die vor dem Haupteingang eingesetzten Beamten eingeschlagen, wurden Fackeln auf das Dach des Eingangsvorbaues und gegen die Fenster geworfen ...

Unter Aufbietung letzter physischer Kräfte und Schlagstockeinsatz gelang es, ein Eindringen der Störer in das Verlagsgebäude ... abzuwehren - Aus einem polizeinternen Bericht über den Einsatz vor dem Berliner Springer-Hochhaus am 11. April.

Nicht nur bei den Studenten, auch bei den liberalen Intellektuellen herrscht Einmütigkeit: Springer-Blätter haben mitgeschossen, weil sie die jungen Linken unablässig als "Rabauken" und "rote SA" geschmäht und wahre Pogromaufrufe gegen Dutschke und seine Genossen losgelassen hatten: "Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!" ("Bild"). "Störenfriede ausmerzen" ("Berliner Morgenpost").

"Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres hat blutige Gewalt die Studenten getroffen", klagt eine Protesterklärung namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller. Sie konstatiert, daß "die gezielte Diffamierung einer Minderheit zur Gewalttätigkeit gegen sie aufreizen muß". Der Verantwortliche, Axel Cäsar Springer, wird mehr denn je zur Inkarnation all dessen, was den "Störenfrieden" an den bundesdeutschen Zuständen zuwider ist, aber auch den Intellektuellen immer mehr Mißbehagen bereitet.

Springer, der Hamburger Gentleman, der seine geliebten "kleinen Leute" als Anti-Aufklärer in ihren urtümlichsten Vorurteilen bestärkt; sie mit Klatsch, Tratsch und Trivialität füttert; sie zu besinnungsarmen Konsum-Patrioten und Fußball-Chauvinisten macht. Springer, der Feind des Antisemitismus und große Freund Israels, der aber zuläßt, daß seine Blätter sich der Methoden des Antisemitismus bedienen, um die linken Studenten verächtlich zu machen und als "Juden des Antikommunismus" (SDS) dem Volkshaß preiszugeben.

Deshalb schreien die zornigen jungen Leute "Mörder Springer!" Deshalb scharen sie sich zusammen, wo Springer-Blätter gedruckt werden - in Hamburg, Hannover, Essen, Köln, Frankfurt, Eßlingen, München.

Sie wollen nicht nur protestieren. Sie wollen "Widerstand leisten" gegen den Pressekonzern, der ihnen mächtiger erscheinen muß als alle Politiker, wenn ein Helmut Schmidt erklärt, gegen Springer etwas zu unternehmen, sei "politischer Selbstmord".

Die Demonstranten umringen die Druckhäuser wie Amerikas Friedensbewegung das Pentagon. Durch Sitzblockaden, Menschenketten und Straßensperren wollen sie die Osterausgaben der Konzernblätter an der Quelle stoppen. Dabei soll auch "Gewalt gegen Sachen", sofern sie Springer gehören (Lieferautos zum Beispiel), erlaubt sein, um des Presselords Mitschuld an der Gewalt gegen Menschen zu vergelten.

In den Nächten nach dem Anschlag auf Dutschke machen die Teilnehmer an den "Osterunruhen" zwischen Rebellionsfieber und Gefängniszelle Erfahrungen, die behüteten Bürgerkindern sonst für immer fremd geblieben wären.

Und sie bekommen einen aufgerauhten Einführungskurs in die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik, den ihnen keine Staatsbürgerkunde und kein Otto-Suhr-Institut für Politik, kein Adorno und kein Marcuse hätten bieten können.

In Eßlingen am Neckar erleben sie, wie aufgebrauchte Bürger Schäferhunde auf sie hetzen. Dann rücken, den Vertrieb von "Bild" zu sichern, zwölf Polizei-Hundertschaften mit 90 Hundeführern, Wasserwerfern und zwei Panzerautos gegen 700 Demonstranten vor.

In Hannover werden passive Sitzblockierer im Namen der Pressefreiheit erst mit den atemraubenden Strahlen der Wasserkanonen eingedeckt. Als die Demonstranten nicht weichen, prü-

geln Bereitschaftspolizisten auf die wehrlos Hockenden ein, nehmen sie fest und sperren sie für die Nacht ins Gefängnis. Aufgewühlt, naß und frierend hauen die Verhafteten unter gewaltigem Lärm auf die Heizungsrohre und singen die "Internationale".

In Frankfurt an der Galluswarte läßt die Polizeiführung gar eine Reiterstaffel gegen sitzende Demonstranten zur Attacke traben. Unter Hufeknallen, Funkenschlag und dem Gewieher der Gäule keilen die berittenen Ordnungshüter mit langen Latten wie die Kosaken auf ihre geduckten Mitbürger ein.

Wie viele Frauen an den Unruhestätten macht die Lehrerin Christine Repp in Hamburg die erschreckende und unbegreifliche Entdeckung, daß die Polizeibeamten eines Landes, das 1945 dem Anschein nach wieder in die gesittete Welt zurückgekehrt ist, mit Frauen besonders übel umspringen. Christine Repp sagt aus, sie sei, einer Ohnmacht nahe, von mehreren Beamten ins Präsidium geschleppt worden: "Dabei drehten die vorne gehenden Beamten meinen Körper in die entgegengesetzte Richtung, in die die hinten Tragenden drehten ... Ich spürte furchtbare Schmerzen und schrie ... Die vorderen Leute traten mir mit den Hacken, die hinteren mit den Spitzen in Unterleib und Magen."

I.D. saß in der Menschenkette hinter mir. Ich sah, wie I. von Bereitschaftspolizisten an den Haaren aus der Kette herausgezerrt wurde. Sie bekam Tritte und brüllte laut. Sie verlor einen Schuh und die Handtasche. Da sie noch nicht auf die Beine gekommen war, versuchte sie, sich aufzurichten, indem sie sich an den Polizisten festhielt. Dies wurde offensichtlich als Widerstand aufgefaßt; mehrere Polizisten schleiften sie etwa 20 Meter weit mit. Sie war dann von Polizisten umringt, so daß ich sie nicht mehr sehen konnte. Dabei schrie sie plötzlich noch einmal laut auf - Aussage von Erika Hofmann, Mauerkircherstraße 10, bei der Münchner Apo-Rechtshilfe.

Als Demonstranten den Sprechchor "Gestern Dutschke, morgen wir" anstimmten, rief der Polizeihauptwachtmeister Franz M. seinen Kollegen zu: "Hoffentlich noch heute!" Bei den zirka zehn umstehenden Polizisten fand er große Zustimmung - Aussage von Peter Hamm, Redakteur beim Bayerischen Rundfunk.

Die Polizisten im Wagen ließen Bemerkungen fallen wie "Schlog'n sollt ma's, bis soacha (bis sie seichen)". Als einer der Verhafteten darauf sagte: "Am besten wäre es, wenn man uns gleich ins KZ brächte und vergasen würde", sagte einer der Polizisten: "Das sollte man tun mit euch" - Aussage von Diether Schürr, Schloßberg, bei der Münchner Apo-Rechtshilfe.

Die brodelnden Schwabinger Straßen um das Redaktions- und Druckhaus von "Bild-München" sind nur von der städtischen Beleuchtung und nervenden Blitzlichtern erhellt. Das Gedränge ohne klare Fronten wird zum frenetischen Blindkuhspiel, die adrenalinpumpende Erregung durchschlägt die Sicherungen.

Wurfgeschosse fliegen schemenhaft durchs Halbdunkel. Ein Photograph wird von einem Pflasterstein tödlich am Kopf verletzt. Einem jungen Demonstranten fliegt ein stumpfer Gegenstand aus einer von der Polizei beseitigten Straßensperre an die Schläfe und verletzt ihn so schwer, daß er Tage darauf stirbt. Keiner der Täter ist ermittelt worden.

Die Springer-Blätter kommen zum Teil mit großer Verspätung zum Verkauf. Aber sie erreichen ihre treuen Leser. Der Versuch, "durch passive Formen des Widerstandes die Auslieferungszurück zu verhindern", wie Rudi Dutschke es sich schon nach dem Tod Ohnesorgs gewünscht hat, ist gescheitert. Doch die Osterunruhen erschüttern die Republik - und die militante Minderheit wächst weiter.

Viele tausend junge Deutsche sind von der Polizei gründlicher radikalisiert worden als von ihren revolutionären Vorbildern, von Mao, Castro, Che Guevara. Zugleich aber müssen die Radikalisierten erkennen, wie schwach und isoliert sie trotz wachsender Zahl der Staatsmacht gegenüberstehen und wie unbeherrschbar passiver Widerstand in einem Großstadtviertel in todbringende Gewalt umkippen kann.

Schmerzhaft haben sie die haßerfüllte Abneigung zu spüren bekommen, mit der die Arbeiter- und Bauernsöhne bei der Polizei und die anderen "kleinen Leute" Springers ihnen, den privilegierten Studenten, begegnen.

Die junge Avantgarde, unverstanden von den Massen, mit denen sie die Welt verändern möchte, steht vor dem Problem, an dem ihr Ehrgeiz scheitern wird.

Es gibt sie zwar, die widerspruchsvolle Klassengesellschaft, mit der sich der Marxismus herumschlägt. Aber die Lohnabhängigen im Bonner Staat werden so angenehm ausgebeutet, daß ihre sozialistischen Brüder und Schwestern in der DDR sie darum beneiden. Vietnam und das Elend der Dritten Welt - 1968 ist auch das Jahr der Hungersnot in Biafra - sind weit weg. Und Notstandsgesetze, denen auch Sozialdemokraten zustimmen, schrecken die Leute nicht.

Denn der Grundkonsens der bundesdeutschen Mehrheit, verkörpert in der Großen Koalition, hat sich aus der antikommunistischen Volksgemeinschaft der Nazis heraus entwickelt und verabscheut nichts mehr als rote Unruhestifter. Auch Rudi Dutschke bekommt eine Fülle von Briefen, in denen seine Mitmenschen bedauern, daß ihn Bachmann bei seinem Attentat nicht getötet hat.

Seit Ostersamstag ist Dutschke nach schwierigen Operationen außer Lebensgefahr. Aber als er wieder bei Bewußtsein ist, zeigt sich erst, wie die Kugel in seinem Kopf gehaut hat. Seine Sehfähigkeit ist schwer gestört, Gedächtnis und Wortschatz fast vollständig verloren. In mühseliger Therapie muß er die Sprache neu erlernen. Gretchen Dutschke-Klotz, seine amerikanische Frau:

Am Anfang, in der ersten Woche im Krankenhaus, wußte er die meisten Dinge nicht zu benennen. Nur ein paar Worte waren da, aber ganz wenige. "Tasche" oder "Messer" oder so. Er wußte nicht mehr, was "Geld" bedeutet.

Die Franzosen schien das alles nichts anzugehen. Unter dem lebenden Monument Charles de Gaulle, seit 1958 an der Macht, hatte sich die stabilste politische Ordnung etabliert, die Frankreich in diesem Jahrhundert kannte. Die bitteren inneren Kämpfe um den Algerienkrieg waren vorbei, und niemand hatte offenbar Lust, sich darüber aufzuregen, was die Amerikaner in Vietnam mit dem Chaos anfangen, das sie, die Franzosen, dort zurückgelassen hatten.

Frankreich florierte - auch wenn die rapide Wirtschaftsexpansion starke Spannungen im konservativen gallischen Gesellschaftskörper erzeugte. Die Zahl der Studenten hatte sich innerhalb von zehn Jahren auf 514.000 verdreifacht. Sie überfüllten die muffigen alten und die kahlen neugebauten Hochschulen und rieben sich an den oft als "inhuman" empfundenen Bedingungen.

Trotzdem schienen diese jungen Leute unberührt von der Gärung, die ihre Generationsgenossen in Amerika, in Deutschland, auch in Italien erfaßt hatte - sieht man ab von den paar hundert politisch Passionierten, die nach dem Dutschke-Attentat zur deutschen Botschaft in Paris liefen, um ihren Unmut mit "Sieg Heil-Rufen" kundzutun. Ein Mitarbeiter von "Le Monde" glaubte noch am 15. März so viel Ruhe, ja "ennui" im Heimatland der Revolutionen zu verspüren, daß er seine Leser warnte: "Man hat es schon erlebt, daß Länder sich zu Tode gelangweilt haben."

Doch auf einmal explodierte dieses Frankreich wie ein gesprengtes Hochhaus, das noch Sekunden zuvor solide und verläßlich dagestanden hatte. Auf einmal schien das stabile Stilleben "Fünfte Republik" wie ein stürzendes Gemäuer in einer Staubwolke der Anarchie zu versinken. Denn die Franzosen, Studenten voran, vollbrachten aus dem Stand und zu ihrem eigenen Erstaunen ein neues Meisterwerk der Aufsässigkeit, von dem man in Berlin oder Berkeley nur träumen konnte: Sie entfesselten den größten Volksaufbruch, den es in einer kapitalistischen Demokratie jemals in Friedenszeiten gegeben hat.

Freitag, 3. Mai: Die rechtsradikale Studentengruppe "Occident" hat gedroht, sie werde den roten Wühler Daniel Cohn-Bendit am Schlafittchen zur Grenze schleifen und "der bolschewi-

stischen Agitation in den Fakultäten mit allen Mitteln ein Ende bereiten". Als die linken Studiosi sich zu wehren gelobten, beging der amtierende Rektor der Pariser Sorbonne-Universität eine Leichtfertigkeit, zu der sich seine Vorgänger nicht einmal in den hitzigsten Auseinandersetzungen um Algerien hatten hinreißen lassen: Er rief die Polizei.

Eine reichlich bemessene Streitmacht zernierte (umzingelte) das ehrwürdige Gemäuer der Sorbonne im Quartier Latin und drang in den bislang sakrosankten Innenhof ein - voran die ungeliebte Bereitschaftspolizei zur Aufruhrbekämpfung, "Compagnies Republicaines de Securite" (CRS).

Schon dies (war) ein unerhörter Akt. Doch die CRS nahmen gleich auch noch 200 Anführer und Aktive linker Studentenbünde fest (darunter Daniel Cohn-Bendit), die sich in der Sorbonne zu einer Besprechung getroffen hatten, steckten sie in vergitterte Gefangenenwagen und karrten sie davon. Aufgescheuchte Studenten aber rannten schreiend neben den Häftlings-transportern her durch eine schmale Straße vor zum Boulevard Saint-Michel, brüllten in die Cafes hinein, aus denen die Gäste enragiert (wütend) ins Freie stürzten und zusammen mit den Draußensitzenden die freiheitsraubende CRS-Kolonne mit Limonadenflaschen, Aschenbechern und Mostrichtöpfen von den Tischen bewarfen.

Im Nu rotteten sich Scharen junger Leute in den Straßen und Gassen um die Sorbonne zusammen, erklangen Sprechchöre: "Gebt unsere Genossen frei! Raus aus der Sorbonne!" Es gab erste Kampfkontakte mit der Polizei, die den Aufruhr im Keim zu ersticken versuchte - ihn aber dadurch nur schürte. Neue Chöre, dazu gedacht, die Sonderpolizisten bis aufs Blut zu reizen: "CRS-SS! CRS-SS!"

Die Lawine der Tumulte begann zu rollen, und es sah aus, als wollten die Franzosen, obwohl selber überrumpelt, der gebannt zuschauenden Umwelt vorführen, wie man die Revolution macht, mit der die anderen nicht zu Rande kamen. Und so sehr TV-Bilder von den brennenden Gettos in den USA und den Osterwirren in Deutschland die Franzosen auch angeregt haben mochten - Paris erwies sich von neuem als ein unvergleichlich aufruhrg geeignetes Pflaster:

130.000 Studenten lebten 1968 in Paris, zumeist auf dem linken Seine-Ufer, dazu Tausende Gymnasiasten aus den oberen Klassen, von denen viele nicht mehr zu halten waren, als das Getümmel begann. Dazu in Saint-Germain die dichteste Anhäufung von Malern, Theaterleuten, Literaten - von Leuten mithin, die von Berufs wegen mit der banalen Wirklichkeit im Widerstreit liegen, Rebellen gegen die Schranken der Normalität. Dazu die engen Straßen im Quartier Latin, die den Barrikadenbau begünstigen, und der Dschungel der Hinterhöfe mit seinen Schlupfwinkeln und Geheimpassagen.

Am wichtigsten aber war die Tradition der Barrikade, war die einzigartige Geschichte der Revolutionen und Erhebungen, die das französische Volk gemacht hat. Sie verband den selbstbewußten Teil dieses Volks, zumal in Paris, mit den intellektuellen Vorkämpfern gegen die Staatsautorität.

Und diese Tradition vor allem hat den Franzosen (nicht allen freilich, nicht den Gaullisten) ein Gefühl dafür verliehen, daß Aufstände nichts Schreckliches sind wie für die Deutschen, keine historischen Verzweiflungstaten, sondern heroische Volksfeste, kollektive Ekstasen, ein leidenschaftlicherotisches Auftrumpfen der Körper und Seelen: die Erregungen der Revolution als höchstes Erlebnis, Revolution als spektakuläre Selbstdarstellung.

Die Bewohner waren an ihren Fenstern und boten Nahrung und Milch an. Die Atmosphäre war phantastisch. Die Leute schichteten Pflastersteine zu Barrikaden auf, weil sie sich - viele von ihnen zum ersten Mal - ganz in eine gemeinsame, spontane Arbeit stürzen wollten. Die Leute ließen alle ihre verdrängten Gefühle frei und brachten sie in einem festlichen Geist zum Ausdruck. Tausende fühlten das Bedürfnis, miteinander zu kommunizieren, einander zu lieben - Daniel Cohn-Bendit.

Ich erinnere mich, wie ich nach einer euphorischen Nacht des Kampfes mit der Polizei, Autos

brannten in den Straßen, bei einer Freundin im Quartier Latin schlief. Meine Klamotten stanken nach Tränengas. Beim Aufwachen sah ich ein unbekanntes schnauzbärtiges Gesicht auf mich herunterschauen. Er bot mir Kaffee an, und wir liebten uns - Lily Metreaux, im Mai 68 Lyzeumsschülerin.

Im rigiden Ordnungsstaat de Gaulles hatten sich enorme anarchische Energien aufgestaut. Nun schäumten sie hervor wie bei einem Dambruch und schossen, vom eigenen Elan berauscht, hinaus über das vordergründige Ziel des Aufstands, die Sorbonne von den CRS zu befreien und arretierte Kommilitonen aus den Gefängnissen zu holen. Die Eruption bäumte sich auf gegen jede Autorität und alle Regeln, die den Lebenshunger junger Menschen behindern.

"Scheiß auf Hierarchie, Autorität und auf diese Gesellschaft mit ihrer kalten rationalen elitären Logik!" So, erinnert sich die Soziologin Nelly Finkielstein, hätten sie und ihre Genossinnen damals gedacht.

"Scheiß auf all die kleinen Chefs und die Mandarine an der Spitze!" Wonach sie sich so heiß wie verschwommen sehnten, drückte der berühmteste Slogan des Pariser Mai aus: "Die Phantasie an die Macht!"

Der Mann an der Macht im Élysée-Palast war verstummt. Konsterniert ließ de Gaulle die Chaos stiftenden Ordnungskräfte gewähren. Sein Premier Georges Pompidou, in Asien unterwegs, eilte herbei und befahl für den 13. Mai den Rückzug der Polizei aus der Sorbonne und dem Universitätsviertel. Er hoffte, der Aufstand werde, sich selbst überlassen, verpuffen.

Doch im Siegesjubel ziehen die Rebellen in das geräumte Territorium ein, als seien sie Fidel Castros Guerillakämpfer, die ins befreite Havanna einmarschieren. Unter roten und schwarzen Fahnen besetzen sie die Sorbonne, die umliegenden Institute, das "Odeon-Theater". Das gewonnene Gebiet reicht bis zum Jardin du Luxembourg, der nach den Forderungen einiger Gruppen künftig im Dienst der sexuellen Befreiung stehen und als rund um die Uhr geöffneter Lustgarten fungieren soll. Studenten mit roten Armbinden regeln am Boulevard Saint-Michel den immer autoärmeren Verkehr.

Entgegen Pompidous Kalkül erscheint der Staat besiegt, zumindest besiegt. Und nun ergreift die Pariser Aufrührerstimmung, die der liberale Publizist Raymond Aron für ein "Delirium" hält, auch die Arbeiter in den Fabriken vor der Hauptstadt und bis tief in die Provinz hinein. Streiks und Besetzungen überall: Am 17. Mai enden Bahn- und Flugverkehr, am nächsten Tag ruhen Busse und Metros, dann die Privatautos, weil es kein Benzin mehr gibt.

Wie in einem seltsamen surrealen Film schließen die Postämter eines nach dem anderen, dann die Kaufhäuser, dann die Banken; verschwinden die Wettbüros hinter rasselnden Rolläden; legen sich die Schiffe auf der Seine still ans Ufer. Die Fernsehbilder verlöschen, das Schnatzen der Familienserien aus den offenen Fenstern hört auf.

Es gibt kaum noch Zeitungen, keine Kinovorstellungen, und Fußball spielen nur noch die Streikenden auf dem Gelände besetzter Betriebe. Um den 20. Mai ist die Republik in einem unerklärten Generalstreik für mehrere Tage zum Stillstand gekommen wie noch kein moderner Staat, der mitten im Frieden unter einem strahlenden Frühlingshimmel liegt.

"Die gesegnete Stille jener Tage!" erinnert sich der aus Holland stammende amerikanische Schriftsteller Hans Koning, der die Streikruhe in Paris erlebte. "Die Luft ohne Auspuffgase roch nach Frühling und Kastanienblüten wie seit den Tagen von Maupassant nicht mehr."

Diese "impulsiven, unvorbedachten Arbeitsniederlegungen", meint Koning, seien etwas ganz anderes gewesen als "traditionelle Streiks" - weshalb die meisten Gewerkschaftsführer sich nur widerwillig auf das Wagnis einlassen. Koning sieht den Volksausstand denn auch "motiviert von einer tiefen, aber nur vage begründeten Unzufriedenheit mit dem modernen Leben schlechthin".

Mag sein. Ganz gewiß aber wollen Frankreichs Werktätige dem Staatspräsidenten ihren starken Arm zeigen - welche überzeugendere Kraftprobe könnte es geben, als die ganze Nation

knirschend zum Halt zu bringen? Sie wollen dem einsam herrschenden Charles de Gaulle demonstrieren, daß er sie nicht zu Untertanen machen kann. Die meisten erwarten, daß ihre gigantische Trotz- und Verweigerungsgeste den vor aller Welt blamierten Zuchtmeister der Franzosen zum Rücktritt veranlassen wird, getreu der oft gerufenen Forderung: "De Gaulle ins Museum!"

Eine Mehrheit der Linken hofft auch auf den Sturz der autoritären Fünften Republik. Aber wollen die Arbeiter, Arm in Arm mit den Studenten, im Ernst die Macht ergreifen, wie die reichgeschmückte Legende des Mai '68 behauptet? Brauchen sie nur zuzupacken, um dem Staatsapparat die Herrschaft zu entreißen? Sind sie wirklich entschlossen und liegt es in ihren Möglichkeiten, mit Arbeiterräten anstelle der Manager und Beamten die Leitung der Betriebe und Präfekturen zu übernehmen - oder ist das von vornherein utopisch?

Hinterher verbreiten enttäuschte Rebellen die Klage, die Revolution sei überhaupt nur an der Feigheit der Kommunistischen Partei gescheitert, die den Umsturz nicht wagen wollte. Doch dieser sonnenbeschiedene, ungebärdige, verrückte französische Mai '68 hat nichts vom Petrograder Oktober 1917, nichts vom Furor einer aus grimmiger Not geborenen Erhebung, nichts von einer wirklich revolutionären Situation. Denn in dem "befreiten" Universitätsviertel der Hauptstadt wie draußen im stillgelegten Land offenbart der Aufstand sich als ein Spiel mit dem Umsturz und seinen Symbolen; als Schau, Spektakel, Happening; als mitreißendes Revolutionstheater - aber als Theater.

Die fröhlich sich verbrüdernden Menschen zwischen Sorbonne und Jardin du Luxembourg machen keine Anstalten, den Élysée-Palast zu stürmen wie einst die russischen Matrosen das Winterpalais. Sie verwechseln die Besetzung öffentlicher Gebäude mit dem Besitz realer Macht - wie die deutschen Studenten, die, vom Pariser Beispiel befeuert, Ende Mai das Rektorat der Frankfurter Goethe-Universität okkupieren und die Zigarren des Rektors rauchen.

**ES IST VERBOTEN ZU VERBIETEN!**

**ERFINDET DAS LEBEN NEU!**

**JE MEHR ICH LIEBE MACHE, DESTO MEHR MACHE ICH DIE REVOLUTION!**

**DIE MENSCHHEIT WIRD ERST GLÜCKLICH, WENN DER LETZTE KAPITALIST AN DEN GEDÄRMEN DES LETZTEN BÜROKRATEN AUFGEHÄNGT IST!**

Wie besessen malen Kunststudenten im Universitätsviertel täglich neue Plakate mit Sprüchen, die immer verwegener werden, je mehr die Aussichten der Revolte dahinschwanden. Marathondebatten bei Tag und Nacht: Eine Plethora (Fülle) von fast 400 "Aktionsausschüssen" kreist um die Sorbonne, außerstande, aus dem exaltierten Durcheinander irgendeine Handlungslinie zu entwickeln. Der Ausnahmezustand, der sich selbst genügt, verliert seinen Reiz. Das stagnierende Psychodrama zermürbt. Die Hochgefühle sinken in sich zusammen wie ein mißglücktes Souffle.

"Es konnte nicht dauern. Es war überraschend, daß es überhaupt so lange dauerte", meint Hans Koning im Rückblick. In der letzten Maiwoche haben die Franzosen allenthalben genug von der alternativen Radler- und Spaziergänger-Idylle, in die sie ihr Land verwandelt haben. Pfingsten steht bevor, das Wetter ist herrlich, und ungestüm erfaßt den gallischen Menschen das Verlangen, sich wieder in seine geliebte "bagnole" zu schwingen und die langentbehrte Familienkutsche von Stau zu Stau ins Grüne zu lenken (Jean-Luc Godards Auto Barbaren-Film "Weekend" läuft just in diesem Jahr in den Kinos).

Anstelle der abstrakten Worte der Studenten wartet Premier Pompidou jetzt mit konkreten Konzessionen bei den Löhnen auf. Von ihrem General mit Donnerstimme gerufen, strömen nun die Gaullisten zu Hunderttausenden in feiner Schale und mit ihren juwelengeschmückten Frauen über die Champs-Élysées. Doch die Wende bringt der Treibstoff, der gerade rechtzeitig für den Pfingstausflug wieder fließt. Der Schriftsteller Jacques Sternberg in einem satirischen Abgesang auf die Revolte:



Wie die Füße wollüstig das verlorene Gaspedal wiederfanden, die Hände das teure Lenkrad und die Köpfe die Leere des Überlandfahrens - die Straße gehört wieder den Autos, der vornehmsten Errungenschaft des Kretins ... Unser General hat begriffen, daß die nationale Parole seit zehn Jahren lautet: "Ich denke, also fahre ich." Und er entführt unsere geheiligten Automobile den Barrikaden und gibt sie den Autobahnen zurück. Shell mit uns! ...<<

### **9. Warum lehnte der Bund der Vertriebenen (BdV) die Ratifizierung der "Ostverträge" durch die SPD/FDP-Regierung im Jahre 1972 entschieden ab?**

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) kritisierte am 11. September 1972 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" die Ratifizierung der "Ostverträge" wie folgt (x155/280-287): >>...

Ungerechte Verträge sind nicht der Schluß der Geschichte ...

Die Heimat lebt!

Nicht nur ihre Erinnerung lebt, nein, auch die lebendige, die aktuelle Aufgabe, die sie stellt! Gegenüber diesen Zielen haben viele nicht resigniert! Man unterschätzt unsere Zähigkeit!

Ungerechte Verträge sind nicht das Ende der Politik und nicht das Ende der Geschichte. Und Urkundsbeamte haben nicht das Recht, Lebende totzuschreiben. Dieses Recht haben sie weder vor unserer freiheitlichen Ordnung, noch haben sie dazu die Vollmacht vom Grundgesetz! Schon gar nicht haben sie ein natürliches Recht, angesichts unserer lebendigen politischen Existenz. ...

Die Vertretung des Rechtes auf die Heimat ist legitime geschichtliche und Friedenspflicht.

Was sagt man nicht alles Verleumderisches über das Recht auf die Heimat: Es sei der technischen Gesellschaft fremd, im internationalen Recht nach Inhalt und Umfang nicht umschrieben, ein Kampfmittel für Demagogen. Doch uns ist es vor allem ein Gegenstand der Pflicht. Wenn wir Recht sagen, so berufen wir uns auf die Pflicht, auf die Pflicht gegenüber einer Aufgabe, die zu erfüllen Zähigkeit, Weitblick und konstruktive Zukunftsarbeit erfordert.

Für uns ist es Pflicht, die ungelösten Aufgaben der Nachbarschaft und des Rechtes für unser Volk und eines Friedens, der Gegensätze aufarbeitet und nicht verschleiert, lösen zu helfen.

Uns verurteilen jene, die die Probleme Ostdeutschlands und Osteuropas nicht kennen, die nur vom Frieden schwärmen und nicht seine Grundlagen in Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit und nüchtern-gerechter Liebe zu bauen versuchen, die nicht die Lücken kennen, die Kriegs- und Nachkriegszeiten in der Begegnung der Völker, der Besiedlung der Räume und dem Aufbau eines menschenwürdigen Lebens in unserer Heimat hinterlassen haben; die meinen, es sei Friede, wenn die Deutschen sich auf den Boden legen und ihre berechtigten Anliegen einwalzen lassen.

Uns verurteilen Leute, die die Europäische Menschenrechtskonvention nicht gelesen haben und nicht wissen, daß auch nach freiheitlichem Völker- und Menschenrecht Massenvertreibungen ein den Frieden bedrohendes, in zumutbarer Weise wieder gutzumachendes Unrecht sind ...

Zu viele wollen nur Verbrechen der Deutschen an Angehörigen anderer Völker, was wir keineswegs verschleiern wollen, sehen, aber konstant Verbrechen, die auch an Deutschen begangen worden sind, verschweigen.

Wir wollen nicht gegeneinander aufrechnen, aber wir wehren uns entschieden dagegen, daß man bei berechtigter Verurteilung von Verbrechen neues Unrecht an Unschuldigen zu rechtfertigen sucht, und es ist pharisäisches Gehabe, wenn man die Ostdeutschen die Zeche für die schweren politischen Fehler des ganzen Volkes allein bezahlen lassen möchte.

Die Vertriebenen haben schwere Opfer gebracht, diejenigen aber, die uns alte Opfer aufbürden wollen, sollten einmal zwei Jahre unter den gleichen Lebensumständen wie ihre Kollegen im Ostblock dort mit ihnen zusammenarbeiten; sie würden dann sehr viel klarer die wirkliche Lage sehen und merken, welche Gegensätze aufzuarbeiten sind!

Deutsches Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger

gesühnt werden. Persönliche Schuld ist im geordneten Rechtsgang zu sühnen. Dies wurde bei uns versucht, im Ostblock gibt es aber nicht ein einziges Urteil wegen der an Deutschen begangenen Grausamkeiten.

Einen Straffrieden kennt das Völkerrecht nicht, und der Ostblock hat auch keine moralische Legitimation, ihn zu fordern. Dem politischen Verhängnis wurde auch durch das Abkommen vom August 1939 zwischen Molotow und Ribbentrop der Weg geebnet, und heute noch werden im Ostblock die Menschenrechte Millionen vorenthalten. Aber auch nationaler Haß wird täglich verwirklicht. ...

Wir sind nicht verpflichtet, den stillschweigenden Wandel von der Bundesrepublik Deutschland zu einer westdeutschen Bundesrepublik mitzumachen und zwei oder mehrere Staaten in Deutschland anzuerkennen; wir sind nicht verpflichtet, uns nicht mehr um einen großen Teil deutscher Staatsangehöriger zu kümmern und die sowjetische Westpolitik zu stützen!

Das Grundgesetz und unser eigener Wille verlangen das Gegenteil von uns! Wir wollen und werden zu jenen Gruppen gehören, die sich in dieser Verantwortung des Volkes gegen eine weitere Festigung der Spaltung und Teilung, gegen den Verzicht auf Verwirklichung der Selbstbestimmung durch freie Abstimmung des Volkes und gegen das Versagen des Schutzes für bedrängte deutsche Staatsangehörige durch unseren Staat wehren werden! ...

Doch in allen Jahrhunderten wurden mit friedlichen Mitteln und Unterhandlungen ungerechte Verträge geändert. Unser erstes Ziel bleibt, gedeckt durch das Grundgesetz und die Satzungen des BdV, das friedliche, legale, politische Ringen um eine bessere Lage der Deutschen und Deutschlands, Gerechtigkeit für die Sudeten-, Südost- und Ostdeutschen, einen gerechten und tragbaren Frieden für Deutschland! ...

Wir verhehlen nicht unsere tiefe Enttäuschung darüber, daß man diese fragwürdigen, vor dem Grundgesetz, dem internationalen Recht nicht zu verantwortenden vertraglichen Bindungen auch seitens der Opposition passieren ließ. Wir wissen aber auch, daß wir für unsere Ziele politische Unterstützung brauchen; umgekehrt können wir auch Zusammensetzung von Parlament und Regierung teilweise mitbestimmen. ...

Unsere Regierung trägt die Verantwortung für die Sicherung unserer Integrität und unserer freiheitlichen Rechtsordnung auch nach außen, ebenso, wie sie sich nicht der Vertretung gesamtdeutscher Interessen entledigen kann.

Wenn uns der polnische Außenminister nach seinen massiven Einmischungsversuchen in die innerdeutsche Politik und nach den Äußerungen seines Ministerpräsidenten besuchen will, so müßte die Bundesregierung spätestens dann eine überfällige Pflicht erfüllen: entschiedene Verwahrung und einen vernehmbaren Protest dagegen einzulegen, daß Polen die Gestaltung der innerdeutschen Beziehungen bestimmen, daß es Deutsche im Sinne polnischer kommunistischer Geschichtsbetrachtung umerziehen will, daß es sich anmaßt, die Änderung zahlreicher deutscher Gesetze und des Grundgesetzes zu fordern, daß es den physisch Vertriebenen nun noch die Freiheit der Meinung und des Zusammenschlusses in einem freien deutschen Staat einschränken möchte, daß es die Ausbürgerung von Millionen deutscher Staatsangehöriger fordert und sogar minimalen humanitären Vertragsgrundlagen des so umstrittenen Warschauer Vertrages nicht erfüllt.

... Die Bundesrepublik Deutschland ist durch ihre Verfassung verpflichtet, sich um die Einheit und Freiheit Deutschlands zu mühen. Was darunter zu verstehen ist, haben die Siegermächte für den Fall der Kapitulation im Jahre 1945 ausdrücklich selbst bestätigt. Und die Westmächte haben sich darauf in einer Note zu dem Moskauer Vertrag im August 1970 ausdrücklich berufen. Sowohl im Londoner Übereinkommen vom November 1944 als auch die Berliner Vier-Mächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 wird Deutschland mit den Grenzen von 1937 angenommen und soll vor jeder Annexion bewahrt werden!

Und als die Väter des Grundgesetzes bei Artikel 23 unserer Verfassung von anderen Teilen

Deutschlands sprachen, haben sie ausdrücklich dieses Deutschland gemeint. Einer der noch lebenden parlamentarischen Väter dieses Grundgesetzes, der insbesondere den Artikel 23 mitinformiert hat, Professor Carlo Schmid, kann nicht leugnen, daß er zur Begründung dieses Artikels gesagt hat: dieses Deutschland reicht von Lössach bis Königsberg!

Wir sind nicht bereit, den Deutschlandbegriff unserer Verfassung stillschweigend aufzulösen. ... Der Ostblock möchte auf der gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz eine Bestätigung des Status quo in Europa, also einen Ersatzfriedensvertrag, woraus sich die bis dahin zurückgestellten Reparationsforderungen ergeben würden. Vorweg aber muß die Entschädigung für die widerrechtlich entzogene Nutzung deutschen Eigentums in der Heimat erfolgen, für dessen Schutz gegen die unrechtmäßigen Eingriffe der Verwaltungsmacht die Bundesregierung bei den Vertragsverhandlungen nichts getan hat. ...<<

### **10. Wieso sollten völkerrechtlich aufgearbeitete und gesühnte Verbrechen der historischen Vergangenheit zugeordnet werden?**

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung veröffentlichte am 6. Juni 1986 folgende Rede des deutschen Historikers Ernst Nolte: >>Die Vergangenheit, die nicht vergehen will

Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte / Von Ernst Nolte

Mit der "Vergangenheit, die nicht vergehen will", kann nur die nationalsozialistische Vergangenheit der Deutschen oder Deutschlands gemeint sein. Das Thema impliziert die These, daß normalerweise jede Vergangenheit vergeht und daß es sich bei diesem Nicht-Vergehen um etwas ganz Exzeptionelles handelt. Andererseits kann das normale Vergehen der Vergangenheit nicht als ein Verschwinden gefaßt werden. Das Zeitalter des Ersten Napoleon etwa wird in historischen Arbeiten immer wieder vergegenwärtigt und ebenso die Augusteische Klassik. Aber diese Vergangenheiten haben offenbar das Bedrängende verloren, das sie für die Zeitgenossen hatten. Eben deshalb können sie den Historikern überlassen werden.

Die nationalsozialistische Vergangenheit dagegen unterliegt - wie kürzlich noch Hermann Lübbe hervorgehoben hat - anscheinend diesem Hinschwinden, diesem Entkräftigungsvorgang nicht, sondern sie scheint immer noch lebendiger und kraftvoller zu werden, aber nicht als Vorbild, sondern als Schreckbild, als eine Vergangenheit, die sich geradezu als Gegenwart etabliert oder die wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist.

#### **Schwarz-Weiß-Bilder**

Dafür gibt es gute Gründe. Je eindeutiger sich die Bundesrepublik Deutschland und die westliche Gesellschaft überhaupt zur "Wohlstandsgesellschaft" entwickeln, um so befremdender wird das Bild des Dritten Reiches mit seiner Ideologie der kriegerischen Opferbereitschaft, der Maxime "Kanonen statt Butter", der bei Schulfesten im Chor herausgeschmetteten Edda-Zitate wie "Unser Tod wird ein Fest".

Alle Menschen sind heute Gesinnungspazifisten, aber sie können gleichwohl nicht aus sicherer Distanz auf den Bellizismus der Nationalsozialisten blicken, denn sie wissen, daß die beiden Supermächte Jahr für Jahr weitaus mehr für ihre Rüstung ausgeben, als Hitler von 1933 bis 1939 ausgegeben hatte, und so bleibt eine tiefe Unsicherheit, die den Feind lieber im Eindeutigen anklagt als in der Verwirrung der Gegenwart.

Ähnliches gilt für den Feminismus: Im Nationalsozialismus war der "Männlichkeitswahn" noch voll von provozierendem Selbstbewußtsein, und in der Gegenwart neigt er dazu, sich zu verleugnen und zu verstecken - der Nationalsozialismus ist also der gegenwärtige Feind in seiner letzten noch ganz unverkennbaren Erscheinungsform.

Der Anspruch Hitlers auf "Weltherrschaft" muß sich um so ungeheuerlicher ausnehmen, je unzweideutiger sich herausstellt, daß die Bundesrepublik in der Weltpolitik allenfalls die Rolle eines Staates von mittlerer Größenordnung spielen kann - "Harmlosigkeit" jedoch wird ihr gleichwohl nicht attestiert, und an vielen Stellen ist die Befürchtung noch lebendig, sie könne zwar nicht zur Ursache, aber doch zum Ausgangspunkt eines dritten Weltkriegs werden.

Mehr als alles andere trug indessen die Erinnerung an die "Endlösung" zum Nichtvergehen der Vergangenheit bei, denn die Ungeheuerlichkeit der fabrikmäßigen Vernichtung von mehreren Millionen Menschen mußte um so unfaßbarer werden, je mehr die Bundesrepublik Deutschland durch ihre Gesetzgebung sich der Vorhut unter den humanitären Staaten hinzugesellte. Aber Zweifel blieben eben auch hier, und zahlreiche Ausländer glaubten und glauben ebensowenig wie viele Deutsche an die Identität von "pays légal" und "pays réel".

Aber war es wirklich nur die Verstocktheit des "pays réel" der Stammtische, die diesem Nichtvergehen der Vergangenheit widerstrebte und einen "Schlußstrich" gezogen wissen wollte, damit die deutsche Vergangenheit sich nicht mehr grundsätzlich von anderen Vergangenheiten unterscheidet?

Steckt nicht in vielen der Argumente und Fragen ein Kern des Richtigen, die gleichsam eine Mauer gegen das Verlangen nach immer fortgehender "Auseinandersetzung" mit dem Nationalsozialismus aufrichten?

Ich führe einige dieser Argumente oder Fragen an, um dann einen Begriff desjenigen "Verfehlers" zu entwickeln, das nach meiner Auffassung das entscheidende ist, und diejenige "Auseinandersetzung" zu umreißen, die von einem "Schlußstrich" ebenso weit entfernt ist wie von der immer wieder beschworenen "Bewältigung".

Gerade diejenigen, die am meisten und mit dem negativsten Akzent von "Interessen" sprechen, lassen die Frage nicht zu, ob bei jenem Nichtvergehen der Vergangenheit auch Interessen im Spiel waren oder sind. Etwa die Interessen der Verfolgten und ihrer Nachfahren an einem permanenten Status des Herausgehoben- und Privilegiertseins.

Die Rede von der "Schuld der Deutschen" übersieht allzu geflissen die Ähnlichkeit mit der Rede von der "Schuld der Juden", die ein Hauptargument der Nationalsozialisten war. Alle Schuldvorwürfe gegen "die Deutschen", die von Deutschen kommen, sind unaufrichtig, da die Ankläger sich selbst oder die Gruppe, die sie vertreten, nicht einbeziehen und im Grunde bloß den alten Gegnern einen entscheidenden Schlag versetzen wollen.

Die der "Endlösung" gewidmete Aufmerksamkeit lenkt von wichtigen Tatbeständen der nationalsozialistischen Zeit ab wie etwa der Tötung "lebensunwerten Lebens" und der Behandlung der russischen Kriegsgefangenen, vor allem aber von entscheidenden Fragen der Gegenwart - etwa denjenigen des Seinscharakters von "ungeborenem Leben" oder des Vorliegens von "Völkermord" gestern in Vietnam und heute in Afghanistan.

Das Nebeneinander dieser zwei Argumentationsreihen, von denen die eine im Vordergrund steht, aber sich doch nicht vollständig durchsetzen konnte, hat zu einer Situation geführt, die man als paradox oder auch als grotesk bezeichnen kann.

Eine voreilige Äußerung eines Bundestagsabgeordneten zu gewissen Forderungen der Sprecher jüdischer Organisationen oder das Ausgleiten eines Kommunalpolitikers in eine Geschmacklosigkeit werden zu Symptomen von "Antisemitismus" aufgebauscht, als wäre jede Erinnerung an den genuinen (ursprünglichen) und keineswegs schon nationalsozialistischen Antisemitismus der Weimarer Zeit verschwunden, und um die gleiche Zeit läuft im Fernsehen der bewegende Dokumentarfilm "Shoah" eines jüdischen Regisseurs, der es in einigen Passagen wahrscheinlich macht, daß auch die SS-Mannschaften der Todeslager auf ihre Art Opfer sein mochten und daß es andererseits unter den polnischen Opfern des Nationalsozialismus virulenten Antisemitismus gab.

Zwar rief der Besuch des amerikanischen Präsidenten auf dem Soldatenfriedhof Bitburg eine sehr emotionale Diskussion hervor, aber die Furcht vor der Anklage der "Aufrechnung" und vor Vergleichen überhaupt ließ die einfache Frage nicht zu, was es bedeutet haben würde, wenn der damalige Bundeskanzler sich 1953 geweigert hätte, den Soldatenfriedhof von Arlington zu besuchen, und zwar mit der Begründung, dort seien auch Männer begraben, die an den Terrorangriffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung teilgenommen hätten.

Für den Historiker ist eben dies die beklagenswerteste Folge des "Nichtvergehens" der Vergangenheit: daß die einfachsten Regeln, die für jede Vergangenheit gelten, außer Kraft gesetzt zu sein scheinen, nämlich daß jede Vergangenheit mehr und mehr in ihrer Komplexität erkennbar werden muß, daß der Zusammenhang immer besser sichtbar wird, in den sie verspannt war, daß die Schwarz-Weiß-Bilder der kämpfenden Zeitgenossen korrigiert werden, daß frühere Darstellungen einer Revision unterzogen werden.

Genau diese Regel aber erscheint in ihrer Anwendung auf das Dritte Reich "volkspädagogisch gefährlich": Könnte sie nicht zu einer Rechtfertigung Hitlers oder mindestens zu einer "Exkulpation der Deutschen" führen? Zieht dadurch nicht die Möglichkeit herauf, daß die Deutschen sich wieder mit dem Dritten Reich identifizieren, wie sie es ja in ihrer großen Mehrheit mindestens während der Jahre 1935 bis 1939 getan haben, und daß sie die Lektion nicht lernen, die ihnen von der Geschichte aufgetragen worden ist?

Darauf läßt sich in aller Kürze und apodiktisch antworten: Kein Deutscher kann Hitler rechtfertigen wollen, und wäre es nur wegen der Vernichtungsbefehle gegen das deutsche Volk vom März 1945. Daß die Deutschen aus der Geschichte Lehren ziehen, wird nicht durch die Historiker und Publizisten garantiert, sondern durch die vollständige Veränderung der Machtverhältnisse und durch die anschaulichen Konsequenzen von zwei großen Niederlagen. Falsche Lehren können sie freilich immer noch ziehen, aber dann nur auf einem Wege, der neuartig und jedenfalls "antifaschistisch" sein dürfte.

Es ist richtig, daß es an Bemühungen nicht gefehlt hat, über die Ebene der Polemik hinauszukommen und ein objektiveres Bild des Dritten Reiches und seines Führers zu zeichnen; es genügt, die Namen von Joachim Fest und Sebastian Haffner zu nennen. Beide haben aber in erster Linie den "innerdeutschen Aspekt" im Blick. Ich will im folgenden versuchen, anhand einiger Fragen und Schlüsselworte die Perspektive anzudeuten, in der diese Vergangenheit gesehen werden sollte, wenn ihr jene "Gleichbehandlung" widerfahren soll, die ein prinzipielles Postulat der Philosophie und der Geschichtswissenschaft ist, die aber nicht zu Gleichsetzungen führt, sondern gerade zur Herausstellung von Unterschieden.

### **Erhellende Schlüsselworte**

Max Erwin von Scheubner-Richter, der später einer der engsten Mitarbeiter Hitlers war und dann im November 1923 bei dem Marsch zur Feldherrenhalle von einer tödlichen Kugel getroffen wurde, war 1915 als deutscher Konsul in Erzerum tätig. Dort wurde er zum Augenzeugen jener Deportationen der armenischen Bevölkerung, die den Anfang des ersten großen Völkermordes des 20. Jahrhunderts darstellten. Er scheute keine Mühe, den türkischen Behörden entgegenzutreten, und sein Biograph schließt im Jahre 1938 die Schilderung der Vorgänge mit folgenden Sätzen:

"Aber was waren diese wenigen Menschen gegen den Vernichtungswillen der türkischen Pforten, die sich sogar den direktesten Mahnungen aus Berlin verschloß, gegen die wölfische Wildheit der losgelassenen Kurden, gegen die mit ungeheurer Schnelligkeit sich vollziehende Katastrophe, in der ein Volk Asiens mit dem anderen nach asiatischer Art, fern von europäischer Zivilisation, sich auseinandersetzte?"

Niemand weiß, was Scheubner-Richter getan oder unterlassen haben würde, wenn er anstelle von Alfred Rosenberg zum Minister für die besetzten Ostgebiete gemacht worden wäre. Aber es spricht sehr wenig dafür, daß zwischen ihm und Rosenberg und Himmler, ja sogar zwischen ihm und Hitler selbst ein grundlegender Unterschied bestand. Dann aber muß man fragen: Was konnte Männer, die einen Völkermord, mit dem sie in nahe Berührung kamen, als "asiatisch" empfanden, dazu veranlassen, selbst einen Völkermord von noch grauenvollerer Natur zu initiieren? Es gibt erhellende Schlüsselworte. Eins davon ist das folgende:

Als Hitler am 1. Februar 1943 die Nachricht von der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad erhielt, sagte er in der Lagebesprechung gleich voraus, daß einige der gefangenen Offiziere in

der sowjetischen Propaganda tätig werden würden: "Sie müssen sich vorstellen, er (ein solcher Offizier) kommt nach Moskau hinein, und stellen Sie sich den "Rattenkäfig" vor. Da unterschreibt er alles. Er wird Geständnisse machen, Aufrufe machen ..."

Die Kommentatoren geben die Erläuterung, mit "Rattenkäfig" sei die Lubjanka (Moskauer Zentralgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes) gemeint. Ich halte das für falsch.

In George Orwells "1984" wird beschrieben, wie der Held Winston Smith durch die Geheimpolizei des "Großen Bruders" nach langen Folterungen endlich gezwungen wird, seine Verlobte zu verleugnen und damit auf seine Menschenwürde Verzicht zu tun. Man bringt einen Käfig vor seinen Kopf, in dem eine vor Hunger halb irrsinnig gewordene Ratte sitzt.

Der Vernehmungsbeamte droht, den Verschuß zu öffnen, und da bricht Winston Smith zusammen. Diese Geschichte hat Orwell nicht erdichtet, sie findet sich an zahlreichen Stellen der antibolschewistischen Literatur über den russischen Bürgerkrieg, unter anderem bei dem als verlässlich geltenden Sozialisten Melgunow. Sie wird der "chinesischen Tscheka" zugeschrieben.

### **Archipel GULag und Auschwitz**

Es ist ein auffallender Mangel der Literatur über den Nationalsozialismus, daß sie nicht weiß oder nicht wahrhaben will, in welchem Ausmaß all dasjenige, was die Nationalsozialisten später taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung, in einer umfangreichen Literatur der frühen zwanziger Jahre bereits beschrieben war: Massendeportationen und -erschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien, öffentliche Forderungen nach Vernichtung von Millionen schuldloser, aber als "feindlich" erachteter Menschen.

Es ist wahrscheinlich, daß viele dieser Berichte übertrieben waren. Es ist sicher, daß auch der "weiße Terror" fürchterliche Taten vollbrachte, obwohl es in seinem Rahmen keine Analogie zu der postulierten "Ausrottung der Bourgeoisie" geben konnte. Aber gleichwohl muß die folgende Frage als zulässig, ja unvermeidbar erscheinen:

Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine "asiatische" Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer "asiatischen" Tat betrachteten?

War nicht der "Archipel GULag" ursprünglicher als "Auschwitz"?

War nicht der "Klassenmord" der Bolschewiki das logische und faktische Prius des "Rassenmords" der Nationalsozialisten?

Sind Hitlers geheimste Handlungen nicht gerade auch dadurch zu erklären, daß er den "Rattenkäfig" nicht vergessen hatte?

Rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte?

Man braucht das verschollene Büchlein von Melgunow nicht gelesen zu haben, um solche Fragen zu stellen. Aber man scheut sich, sie aufzuwerfen, und auch ich habe mich lange Zeit gescheut, sie zu stellen.

Sie gelten als antikommunistische Kampfthesen oder als Produkte des kalten Krieges. Sie passen auch nicht recht zur Fachwissenschaft, die immer engere Fragestellungen wählen muß. Aber sie beruhen auf schlichten Wahrheiten. Wahrheiten willentlich auszuspähen, mag moralische Gründe haben, aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft.

Die Bedenken wären nur dann berechtigt, wenn man bei diesen Tatbeständen und Fragen stehenbliebe und sie nicht ihrerseits in einen größeren Zusammenhang stellte, nämlich in den Zusammenhang jener qualitativen Brüche in der europäischen Geschichte, die mit der industriellen Revolution beginnen und jeweils eine erregte Suche nach den "Schuldigen" oder doch nach den "Urhebern" einer als verhängnisvoll betrachteten Entwicklung auslösten. Erst in diesem Rahmen würde ganz deutlich werden, daß sich trotz aller Vergleichbarkeit die biologi-

schen Vernichtungsaktionen des Nationalsozialismus qualitativ von der sozialen Vernichtung unterschieden, die der Bolschewismus vornahm.

Aber so wenig wie ein Mord, und gar ein Massenmord, durch einen anderen Mord "gerechtfertigt" werden kann, so gründlich führt doch eine Einstellung in die Irre, die nur auf den einen Mord und den einen Massenmord hinblickt und den anderen nicht zur Kenntnis nehmen will, obwohl ein kausaler Nexus wahrscheinlich ist.

Wer sich diese Geschichte nicht als Mythologem, sondern in ihren wesentlichen Zusammenhängen vor Augen stellt, der wird zu einer zentralen Folgerung getrieben: Wenn sie in all ihrer Dunkelheit und in all ihren Schrecknissen, aber auch in der verwirrenden Neuartigkeit, die man den Handelnden zugute halten muß, einen Sinn für die Nachfahren gehabt hat, dann muß er im Freiwerden von der Tyrannei des kollektivistischen Denkens bestehen.

Das sollte zugleich die entschiedene Hinwendung zu allen Regeln einer freiheitlichen Ordnung bedeuten, einer Ordnung, welche die Kritik zuläßt und ermutigt, soweit sie sich auf Handlungen, Denkweisen und Traditionen bezieht, also auch auf Regierungen und Organisationen aller Art, die aber die Kritik an Gegebenheiten mit dem Stigma des Unzulässigen versehen muß, von denen die Individuen sich nicht oder nur unter größten Anstrengungen lösen können, als die Kritik an "den" Juden, "den" Russen, "den" Deutschen oder "den" Kleinbürgern. Sofern die Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus gerade von diesem kollektivistischen Denken geprägt ist, sollte endlich ein Schlußstrich gezogen werden.

Es ist nicht zu leugnen, daß dann Gedankenlosigkeit und Selbstzufriedenheit um sich greifen könnten. Aber das muß nicht so sein, und Wahrheit darf jedenfalls nicht von Nützlichkeit abhängig gemacht werden. Eine umfassende Auseinandersetzung, die vor allem im Nachdenken über die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte bestehen müßte, würde die Vergangenheit, von der im Thema die Rede ist, zwar ebenso zum "Vergehen" bringen, wie es jeder Vergangenheit zukommt, aber sie würde sie sich gerade dadurch zu eigen machen.<<

Die nackte Wahrheit paßt nicht mehr in unsere Welt, seit Adam sich das erste Kleid bestellt.

*Wilhelm Müller (1794-1827, deutscher Dichter)*